Sonnabend, 25. Juni 1932
Nr. 143. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Bürgerkriegshetze!

Goebbels proklamiert den Terror — Antwortet mit dem Arbeiterblock zur Niederwerfung des Faschismus und zum Sturz der Geldsackdiktatur

„Wir werden Rache nehmen, wie sie in der Weltgeschichte noch in keinem Lande erlebt ist. Wir verlangen keinen Pardon, weil wir auch keinen Pardon geben. Die Männer des „Systems" haben so viel Unheil angerichtet, daß wir auf das Strafgericht nicht verzichten und sie hochhängen werden."

Goebbels im Berliner Sportpalast.

Die Mordhetze der Nazis geht weiter. Mit einem wahren Trommelfeuer von Verleumdungen und Provokationen greift die Mörderpartei an. Selbst jene bürgerlich-republikanischen Stellen, die trotz der Energie, die diese Stellen gegen die Arbeiter aufwenden, der hemmungslosen Terrorlust der Nazis noch einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen scheinen, sollen überrannt werden. Eine Aktion, die nur zeigt, daß die Nazis in ihrem Frontalangriff die letzten Barrieren überrennen wollen, die sie von der Macht trennen. Zugleich erheben sie als Handlanger der Papen-Regierung die Verbotsforderung gegen die Kommunistische Partei, gegen die eine wahre Bluthetze entfesselt wird, und gegen die anderen Arbeiterorganisationen.

Im Preußischen Landtag hat die Nazifraktion den **Antrag eingebracht, den Deutschen Freidenkerverband und verwandte, der Sozialdemokratie nahestehende Gottlosenverbände zu verbieten!** Das ist die bestellte Aktion, für das in den Ministerien der Papen-Regierung vorbereitete **Verbot aller Linksorganisationen**, nach dem Material der Korodi- und Stülpnagel-Clique, eine Aktion, die zugleich auf die Gewinnung des Zentrums zielt.

Gegen die proletarische Presse, die zur Einheit der Arbeiterklasse und zur Abwehr ruft, wird im Auftrag der Mörderpartei eingegriffen. **Die gestrige „SAZ" wurde beschlagnahmt, weil ihr mannhaftes Auftreten gegen die neuen Machthaber den Spitzen der Willkürherrschaft in die Quere kommt.** Unter dem Vorwand einer Beleidigung des Nazipräsidenten im Preußischen Landtag wird eine Zeitung unterdrückt, die seit ihrem Bestehen Rufer im Kampf ist für die Einigung der unterdrückten Werktätigen Deutschlands, zum Sturze der Kapitalistendiktatur, zur Verteidigung vor der drohenden terroristischen Abenteurerherrschaft der Nazis, zum gemeinsamen Kampf gegen die fuchtbaren Auswirkungen der Krise des Zerfallskapitalismus, für den sozialistischen Ausweg!

Während isolierte opfermütige Teile der Arbeiterklasse, die sich zum Widerstand aufraffen, mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben, mit Polizeiwasserwagen in Berlin zersprengt werden, während in allen Bezirken Deutschlands sich immer drohender der Massenterror der Faschisten entfaltet, wird gerade dieses Blatt verboten und beschlagnahmt, das

zur Zusammenfassung aller Kräfte der Klasse, zur Einigung im Kampf aufruft!

Mit Erfolg zur Herstellung des Arbeiterblocks, dessen Zustandekommen auch heute noch die Bürgerkriegsarmee des Faschismus in der kürzesten Frist vernichtend zurückschlagen und die 45 Millionen Proletarier in Deutschland und die Millionen Werktätigen der Mittelschichten vor einer blutigen Diktaturepoche bewahren wird, in der alles, was wir an Schrecknissen heute bereits erlebten, verblassen müßte unter den Auswirkungen der faschistischen Katastrophenherrschaft.

Deshalb werden wir nicht schweigen! Deshalb werden wir nicht innehalten im Kampf. Jedes neue Verbot, jede neue Beschlagnahme ist für uns nur eine Bestätigung der Richtigkeit unserer Ziele, der Wirksamkeit unseres Worts!

Auf Verbote und Unterdrückung antwortet mit beschleunigter Herstellung des kämpfenden Arbeiterblocks, zum Sturz der junkerlich-kapitalistischen Diktatur, zur Niederwerfung des Faschismus, zur Erkämpfung der Arbeitermacht der proletarischen Diktatur!

SAZ neuerdings beschlagnahmt — und warum?

Es ist kaum eine Woche vergangen, seitdem die „SAZ" für ihren aufrechten Kampf gegen die Staatsstreichregierung und die Schanddiktatur im Auftrage von Hindenburg verboten wurde. Und schon trifft sie ein neuer Schlag der Machthaber, die in ihrer Willkürherrschaft sich keinerlei Schranken auferlegen.

Die Donnerstag-Nummer unserer Zeitung wurde auf Befehl des Nazimannes an der Spitze des Preußischen Landtages beschlagnahmt.

Warum wurde sie beschlagnahmt?

Hat sie etwa über diesen Mann falsche Nachrichten verbreitet, wissentlich die Unwahrheit geschrieben, ihn verleumdet? Umgekehrt! Sie wurde beschlagnahmt, weil sie diesen Mann mit dem richtigen Namen nannte, mit dem Namen, den ihm die Peiner Arbeiterschaft gegeben hat, die sein segensreiches Wirken genauer kennt als die proletarische Oeffentlichkeit in Deutschland, der er jetzt als Respektsperson erscheinen will, nachdem ihn die braune Welle des Faschismus hochgeschwemmt hat. Der Gerichtsbeschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte inkriminiert zwei Stellen unseres Blattes; darunter eine Stelle, in der es hieß: „Der gestrige Tag schließt ab mit zwei neuen Siegen des Faschismus. Er brachte die Wiederwahl des Nazipräsidenten im Preußischen Landtag, des Lügenkerrl, wie der nunmehr endgültig gewählte Herr Präsident bei den Arbeitern seiner Heimatstadt Peine heißt, seit es dort gerichtsnotorisch ist, daß er wissentlich die Unwahrheit gesprochen und die Lüge als politische Waffe deklariert hat."

Dieses Wort „Lügen-Kerrl" und die Ausführungen in dem ersten Absatz des Artikels enthalten „formale Beleidigungen", erklärt das Gericht.

Wir fragen: Seit wann ist das eine Beleidigung, wenn Tatsachen festgestellt werden? Der Hannoversche „Volkswille", ein Blatt der SPD, schrieb am 24. September 1931 unter dem Titel „Landtagsabgeordneter Kerrl der Unwahrheit überführt", daß Kerrl vom Gericht bescheinigt wurde, daß er wissentlich die Unwahrheit gesagt hat. Die Zeitung stellt allerdings fest, daß man in Zukunft nicht mehr sagen dürfe: „Kerrl sei ein wissentlicher Lügner, sondern er habe, wie das Gericht festgestellt hat, wissentlich die Unwahrheit gesagt! Mittlerweile ist auch das verboten! Der gleiche hannoversche „Volkswille" bezichtigt am 4. Oktober 1931 in einem Aufsatz „Aus dem Peiner Nazisumpf" die Instanzen der Peiner NSDAP, Betrügereien gedeckt zu haben! Die Oberinstanz in Peine aber — ist Kerrl! Der „Volkswille" berichtet, wie in einer Führersitzung der Peiner NSDAP Diebstähle und Betrugsfälle ihrer Pgs verhandelt wurden, besonders eines gewissen Beckmann. Der „Volkswille" schreibt dazu:

„Kerrl will gegen Beckmann nicht vorgehen, weil er zu viel weiß. Der SS-Führer Kniefke sagt darauf: Wenn Sie gegen diesen Beckmann nicht vorgehen, dann sind sie genau so ein Lump. In einem Privatgespräch sagt Kerrl zu SS-Führer Kniefke: „Jetzt können wir Beckmann nicht fallen lassen, nach dem Volksentscheid geht das erst . . ."

Der „Volkswille" schließt damals seine Enthüllungen mit den Worten: „Der Ruf der Peiner Nazis „Deutschland und Peine erwache" muß endlich gehört werden. Jawohl: Deutschland erwache. Sieh, welch eine Horde von Abenteurern und politischen Banditen mit ihrer verbrecherischen Politik und ihren gemeingefährlichen Türkenstreichen versuchen, nur um ihre persönliche Macht- und Geldgiergelüste zu befriedigen, Deutschland in ein Meer von Blut und Tränen zu tauchen."

Der „Volkswille" wurde nicht verboten! Denn die Enthüllungen des „Volkswille" saßen. Aber heute ist Herr Kerrl Landtagspräsident und eine sozialistische Zeitung wird beschlagnahmt, weil sie ihn nennt, wie ihn die Peiner Arbeiter nennen, denen seine Wirksamkeit bekannt ist!

Antwort an Goebbels

Der Berliner Nazi-Gauführer Goebbels hielt im Berliner Sportpalast eine Rede, in der er offen zum Bürgerkrieg aufrief. Goebbels streifte alle jene scheinheiligen Hüllen der „Legalität" ab, die die Nazi-Führer auf oder kurz vor dem Ministersessel anzulegen pflegen.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig hob der „Führer" Hitler die Schwurhand, daß er immer „legal" die Macht ausüben würde. Hitler wußte, daß er log, daß das „Köpfe-Rollen", das er den „Novemberlingen" ankündigte, nichts anderes bedeutet als die Fortsetzung jenes blutigen Terrors der braunen Untermenschen, der heute in allen Teilen des Reiches gegen die Arbeiter ausgeübt wird.

Hitler wußte, daß er einen Meineid leistete. Ebenso wußte das Reichsgericht, daß der Mann, der mit erhobener Hand vor ihm stand, einen Meineid leistete. Es gibt selbst im Leipziger Reichsgericht niemanden, der nicht weiß, daß der von Hitler angekündigte Staatsgerichtshof zur Aburteilung der „Novemberlinge" die Ankündigung des Mordes ist, weil selbst nach der in Deutschland herrschenden Klassenjustiz niemand nach einem Recht verurteilt werden darf, das zur Zeit seiner Tat noch gar nicht bestand. **Hitler kündigt Mord an, Hitler beschwört seine „Legalität" und das Reichsgericht macht sich zum Mitschuldigen eines Meineidigen, indem es diesen Schwur abnimmt.**

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so würde ihn die Rede von Goebbels im Berliner Sportpalast liefern. Dieser Herr Goebbels, Reichspropagandaleiter der Nazis und im übrigen von noch deutlicherer Promenadenmischung der Weltgeschichte als Herr Hitler aus Braunau, wagt in einem „Rechtsstaat" anzukündigen, daß seine Horden blutigste Rache an den Männern des „Systems" nehmen würden. Kaum daß er noch das Feigenblatt eines „Wenn" vor seine Morddrohungen hält. „Wenn einem unserer Führer auch nur ein Haar gekrümmt wird, dann werden wir Rache nehmen", sagt Herr Goebbels. Aber er fügt sogleich hinzu, um ja

— Kerrl!

keinen Zweifel darüber entstehen zu lassen, daß es ihm nicht so sehr auf seine teuren schwarzen Haare ankommt, als vielmehr auf die Befriedigung seiner sadistischen Gefühle: „Die Männer des ‚Systems' haben soviel Unheil angerichtet, daß wir auf das Strafgericht nicht verzichten und sie hochhängen werden." Also Mordandrohung nicht wegen seiner evtl. gekrümmten Haare, sondern wegen des „Systems".

Die ganze Rede Goebbels hat in der Tat „System". Sie beweist noch einmal, was Hitlers „Legalität" und sein „Schwur" wert sind. Sie beweist vor allem, was dem Proletariat droht, wenn diese Sadisten die ganze Macht erlangt haben, deren Zipfel sie bereits in Braunschweig, in Oldenburg und Mecklenburg in ihre blutigen Hände bekommen haben.

Herr Goebbels möchte die Verantwortung für die Regierung Papens gern los sein. Er weiß, daß in jeder Stunde die Fäuste von Millionen Menschen sich ballen, denen durch die Notverordnung der Papen-Regierung eine neue Milliardenlast auferlegt wurde, die Fäuste von Millionen, die durch die Barone zum Vorhungern verurteilt wurden.

In der Tat: Die Arbeitslosen die Witwen und Waisen, Kriegs- und Arbeitsinvaliden klagen das System an, daß sie zum Hungern zwingt, während den Junkern Milliarden zufließen, den Erzherzögen Millionen geschenkt werden. Schieber werden in Reichsministerien wohlwollend aufgenommen, die Vertreter der Arbeiter und Kriegsbeschädigten aber werden nicht angehört und rausgeworfen. Der Reichspräsident duldete zwar, daß die Arbeiter mit Schweiß und Blut sich für seine Wahl einsetzten, aber nach der Wahl bestimmen die Interessen der Großgrundbesitzer und die Belange seines Neudecker Gutes, das trojanische Pferd der Junker, sein Handeln: Arbeiter tragen ja nur die Schwielen und kein Portepée.

Das ist das Gesicht der Hindenburg-Republik!

Wenn man ihr die Maske der bürgerlichen Gesetzlichkeit und Wohlanständigkeit herabreißt, dann grinst hinter ihr die Totenkopffratze der SA und SS. Das bürgerliche „System" der Ausbeutung und Korruption könnte gar nicht mehr bestehen, ohne den Rückhalt, den es durch die Braunhemden hat. **Die Nazis stützen das System durch den Druck, den ihr Terror auf die Arbeiterschaft ausübt. Ohne sie würde das kapitalistische System, der bürgerliche Staat bereits vermodern.** Wie sie die Notverordnungspolitik Brünings möglich gemacht haben, so sind sie, noch in stärkerem Maße, verantwortlich für das Elend, das die Papen-Regierung „notverordnet" hat.

Man sagt von den englischen Kapitalisten: Wenn sie vom Christentum sprechen, meinen sie Kutten. Man kann von der Papenregierung sagen: Je mehr sie vom Christentum und von ihrer sozialen Gesinnung spricht, um so mehr meint sie das Wohlleben der Junker, die Wiederherstellung der Monarchie, die Sanierung der Schwerindustrie, die Hintertreppen der „Beziehungen" der Herren von und zu. Die — IG. — Warmbold-Schmitz-Wagemann will — Brüning hat es noch einmal bestätigt — die Inflation, um die Sanierung der Industriellen durch die Verelendung der Massen zu vollenden.

Ist es dann ein Wunder, wenn die verzweifelten Menschen aus ihren Wohnhöhlen auf die Straße gehen und Barrikaden bauen gegen die braunen Mordbanditen, die dieses System des Hungers und des Elends heute möglich machen? **Das ist Notwehr!**

Notwehr ist es, wenn der Sturm der Empörung jene Wälle der „Ruhe und Ordnung" hinwegfegt, die zum Schutze dieser Klassenordnung, dieser wahnsinnigen Wirtschaftsordnung errichtet wurden.

Aber Herr Goebbels, der ertappte Dieb, möchte für sich das Recht der Notwehr in Anspruch nehmen. Er und seine von in- und ausländischen Rüstungskapital ausgestatteten Horden, die Tag für Tag die Arbeiter terrorisieren und hinschlachten, behaupten, daß sie „schutzlos der Straße preisgegeben" seien und „das Recht der Notwehr" fordern. **Das Recht der Notwehr haben die Arbeiter; es ist ihre Not, deren sie sich zu erwehren haben. Sie von ihrem Recht Gebrauch machen müssen!**

Die Straßen müssen von dem Mordgesindel gereinigt werden. Die Arbeiterschaft muß endlich den Druck der Terrorbanden abschütteln, um die Hände frei zu bekommen für die wirkliche Aufgabe der Stunde:

Die Ausnützung dieser Weltkrise zum Sturze des kapitalistischen Staates

Keine Macht der Erde, keine papierenen Gesetze und Verfassungen, keine Wasserspritzenwagen und Maschinengewehre können den Sturz dieses Staates verhindern. Es gibt nur ein einziges Hemmnis:

Die Spaltung der Arbeiterklasse.

Aber schon geht durch Deutschland der Ruf der Besinnung und Verständigung. Die Arbeiter werden sich über den Kampf einigen, wie sie nur zusammen — als Klasse — siegen oder untergehen können.

Am Tage, an dem die Klassenfront gebildet ist, wird der Faschismus geschlagen und das kapitalistische System geschlagen werden. Die Stunde des Aufbruches ist da!

Vor 16 Jahren standen die Arbeiter gleichfalls vor der Frage: Aufbruch oder Untergang in die Barbarei unter Führung wahnsinnig gewordener Junker und Generale:

Bethmann, der Zauderer, wurde gestürzt. Die Generale wollte regieren und schoben den allerchristlichen Michaelis vor. Und dann kam der 9. November!

Brüning ging, Papen kam, Schleicher regiert.

Aber noch sind nicht alle November vorbei!

Neue Millionengeschenke an die Schlotbarone

Mineralölsteuer von 3,80 auf 0,10 RM gesenkt

Soeben wird eine neue große Ausplünderungsaktion an der Reichskasse durch den Papen-Schleicherschen Herrenklub bekannt. In Lausanne wurde von ihm eine Verordnung erlassen, derzufolge die Steuer auf inländischen Treibstoff von 3,80 RM. per Doppelzentner auf 0,10 RM. ermäßigt wird, was praktisch auf eine Beseitigung dieser Steuer hinausläuft. Da die jährliche inländische Treibstoffproduktion etwa 450 000 Tonnen erreicht, so bedeutet diese „Ermäßigung"

ein Geschenk im Betrage von über 17 Millionen RM. an die Schlotbarone,

wofür vor allem der Farbentrust und die Kohlenmagnaten an der Ruhr in Betracht kommen. Wohl ist die Ermäßigung zunächst nur auf drei Monate befristet, aber auch das ergibt schon ein Geschenk von rund 4½ Millionen RM.

Es ist indessen sicher, daß es hierbei nicht bleiben und, sofern es dem Papen-Konsortium erlaubt ist, noch länger Regierung zu spielen, die Verordnung beständigt wird.

Damit fällt auch der letzte Zweifel darüber, was sich in Wirklichkeit hinter dieser „nationalen Konzentration" verbirgt. Sie ist der konzentrierte Angriff auf die Lebensrechte der Massen und hat die erklärte Aufgabe, den Armen den letzten Pfennig aus der Tasche zu rauben, um damit die Taschen der Satten mit Millionen zu füllen. Es ist ganz offenkundig, daß dieser Herrenklub keine Legitimation zur Vergebung solcher Millionengeschenke besitzt. Wie schon ihre Notverordnungen, ist auch dieser Akt eine verfassungswidrige Handlung, deretwegen die Herren eigentlich vor einen Staatsgerichtshof zitiert werden müßten, wenn dieser nicht eben schon selber dem Spruch eines solchen verfallen wäre.

Betriebe fordern gemeinsame Reichsliste

Vertreter aus 112 Betrieben in Breslau

Die Betriebsversammlung der NAG, Oberschöneweide, vom 22. Juni, appelliert an die gesamte Arbeiterschaft, sich zum gemeinsamen Kampf über alle politischen Differenzen hinweg zusammenzuschließen gegen die neuen reaktionären Anschläge der Papen-Regierung auf die Arbeiterschaft, gegen die Kapitalsoffensive und gegen die Beseitigung jeglicher Sozialpolitik.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß die faschistische Reaktion nicht durch parlamentarische, sondern nur durch außerparlamentarische Aktionen vernichtend geschlagen werden kann und muß.

Um bei den kommenden Reichstagswahlen die Einheit im Kampf gegen den Faschismus zu demonstrieren, verlangt die Versammlung von allen Arbeiterparteien, ungeachtet der bestehenden Gegensätze, daß sie eine gemeinsame Reichsliste zur Verwertung der Reststimmen aufstellen.

Durch diese gemeinsame Reichsliste soll der Gedanke der Einheitsfront innerhalb der Arbeiterschaft vor aller Welt bewiesen und gefördert werden.

In der Zeit drohender Gefahr ist die Schaffung eines Arbeiterblocks aller Organisationen das Gebot der Stunde.

In Tausenden von Betrieben muß dieser Ruf nach dem Arbeiterblock, nach der gemeinsamen Reichsliste, Widerhall finden. Die Parteileitungen müssen durch den Massendruck gezwungen werden, dem Willen der großen Mehrheit der Arbeiterschaft zu entsprechen.

Ein neuer Appell zur Schaffung der Einheitsfront

Eine Reihe von Personen, die sowohl im Reichsbanner als in der SPD stehen, veröffentlichen einen „dringenden Appell", in dem ein Zusammengehen von KPD und SPD im Reichstagswahlkampf gefordert wird. Wörtlich heißt es u. a.:

„Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen, alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli. Es gilt, diese Gelegenheit zu nutzen und endlich einen Schritt zu tun zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird. Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß

ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung.

Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien kommt es darauf an, hierzu allen erforderlichen Einfluß aufzubieten. Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barberei versinken lassen."

In seinen Grundgedanken bewegt sich dieser Aufruf durchaus auf dem Boden der von der SAP begonnenen Kampagne für das Zustandekommen einer gemeinsamen Reichsliste der Arbeiterparteien als Symbol ihres Willens zur Einheit und als Garantie eines sachlichen Kampfes unter den Arbeiterparteien. Wir begrüßen daher auch diesen Schritt, der eine besondere Bedeutung dadurch erhält, daß ihm u. a. der Sozialdemokrat Erkelenz beigetreten ist, der doch wirklich über jeden Verdacht erhaben ist, für die KPD eine Schwäche zu haben. So muß auch dieser Appell nur ein Anlaß mehr sein, das Trommeln für die Bildung des Blocks aller Arbeiterorganisationen solange zu verstärken, bis es auch die obersten Parteiinstanzen nicht mehr überhören können.

Das Zentrum ist schuld!

Nach der mit Hilfe der Zentrumspfaffen erfolgten Wahl des Nazi-Kerrl zum preußischen Landtagspräsidenten legte der „Vorwärts" eine mehr als eigenartige Haltung an den Tag. Offenbar aus alter Anhänglichkeit zu dem langjährigen verbündeten Zentrum vermied er es, diesen als den wahren und einzigen Schuldigen hinzustellen, sondern beschränkte sich auf die Feststellung:

„Zentrum und Kommunisten tragen in unseren Augen die gleiche Schuld. . .

Die ebenfalls sozialdemokratische „Wiener Arbeiter-Zeitung" urteilt indessen wesentlich anders. Ganz in Uebereinstimmung mit uns schreibt sie in ihrer Ausgabe vom 23. Juni:

„Durch die Schuld des Zentrums, das im Gegensatz zu den Sozialdemokraten den Vorschlag der Kommunisten abgelehnt hat, ist es also dazu gekommen, daß die Sozialdemokraten, die seit der Revolution stets den Präsidenten des Preußischen Landtages gestellt haben, im Präsidium überhaupt nicht vertreten sind.

Damit ist die Politik des Zentrums ad absurdum geführt. Mit seinen den antiparlamentarischen und antidemokratischen Faschisten gegenüber geübten parlamentarisch-demokratischen Rücksichten hat es die Sozialdemokraten um das Recht gebracht, das es den Hakenkreuzlern nicht verweigern sollte."

Warum ist man in Berlin dem Zentrum gegenüber weniger empfindlich als in Wien? Nun, vor allem, weil die sozialdemokratischen Heilmänner noch immer damit rechnen, daß sie vom Hitler-Heil durch die Geschorenen bewahrt werden, was doch gerade durch die Vorgänge im Preußischen Landtag endgültig widerlegt worden ist.

In den Abgrund!

Unter dieser Ueberschrift berichtet der „Vorwärts" über den nach langwierigen Verhandlungen für das Malergewerbe gefällten Schiedsspruch. Er sieht eine „Anpassung" der Löhne an die so ungemein verschlechterten Bauarbeitertarife vor. Das bedeutet einen Abbau von 7 bis 25 Prozent.

Die Erklärungsfrist läuft bis 5. Juli. Nach der Stellungnahme des „Vorwärts" ist der Schiedsspruch schon eine Art fertiges Kompromiß und wird daher mit größter Wahrscheinlichkeit von den Gewerkschaften angenommen. Demgegenüber ist es geradezu lächerlich, wenn zum Schluß die bekannte Phrase gebraucht wird: „Die Unternehmer werden sich aber nicht beklagen dürfen, wenn die Arbeiter zur gegebenen Zeit ihre Revanche nehmen".

Diese nun seit Jahren geführte reformistische Politik führt in der Tat „in den Abgrund", aber nicht in dem Sinne, wie es der „Vorwärts" meint, in den Abgrund der kapitalistischen Wirtschaft, sondern in den Abgrund für die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften.

*

In den Abgrund führt auch die Taktik, die von der reformistischen Gewerkschaftsführung

im Berliner Speditionsgewerbe

seit zwei Jahren und auch beim jetzigen Lohn-Tarifabschluß angewandt wird. Man hat sich jetzt wieder einmal mit den Unternehmern „geeinigt" auf einen erneuten — nun etwa auf den sechsten in zwei Jahren — Lohnabbau von 6 Prozent. Aber in grundsätzlicher Hinsicht noch schlimmer ist folgende Bestimmung der Vereinbarung:

„Der Manteltarif soll bis zum 31. August mit der Maßgabe verlängert werden, daß, abweichend von ihm, betriebliche Vereinbarungen über einen anderen Arbeitsbeginn und über die Sonntagsarbeit getroffen werden können."

Das ist die berühmte „Auflockerung", das heißt, beginnende Zerschlagung der Tarife überhaupt. Weiter wurde für die Zukunft ein Schiedsgericht mit je drei Beisitzern und drei „Unparteiischen" unter Vorsitz des Gewerberats Körner festgelegt, das endgültig über die zukünftige Lohnregelung zu bestimmen hat. Haben die Gewerkschaftsvertreter, die diese Vereinbarung abschlossen, erkannt, daß das zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen muß?

*

„In den Abgrund" führen auch die von der SPD wie der RGO seit Jahren betriebenen Methoden in der

AEG-Brunnenstraße.

Höhnisch berichtet der „Vorwärts", daß in einer von der RGO einberufenen „Betriebsversammlung" von 3000 AEG-Arbeitern „in dem nur 180 Personen fassenden Saal des Swinemünder Gesellschaftshauses" ganze 42 AEG-Arbeiter anwesend gewesen seien. Trotzdem wäre nach einem Referat von Ulbricht eine großsprecherische Resolution als angeblicher Willensausdruck der ganzen AEG-Belegschaft angenommen und in der „Roten Fahne" groß aufgemacht werden.

Die „Vorwärts"kritik wäre berechtigt, wenn es die SPD nicht genau so machen würde. Auch sie bzw. ihre SPD-Betriebsräte machen ihre ebenso „stark" besuchten „Betriebsversammlungen" der AEG-Brunnenstraße mit Künstler und ähnlichen „Kanonen" als Referenten in demselben Saal des Swinemünder Gesellschaftshauses. 97 Prozent der Belegschaft gehen an diesem nun seit Jahren dauernden Theater vorbei. Aber weder SPD noch KPD denken an eine ernsthafte Aenderung ihrer gleich schlechten und wirklich „in den Abgrund" führenden Taktik.

Die Arbeiter der AEG-Brunnenstraße wie die der gesamten Gewerkschaftsbewegung müssen mit dieser in den Abgrund führenden Taktik Schluß machen und die wirkliche Einheitsfront zum entschlossenen Kampf der ganzen Klasse unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel erzwingen.

Keine gegnerische Versammlung

vor der nicht eine Anzahl unserer Broschürenverkäufer stehen

Beilage zur SAZ

Nr. 143. Jahrg. 1932
Sonnabend, 25. Juni 1932

Das Rizinusöl in der faschistischen Politik

Mit der intensiveren Aktivität der deutschen Faschisten ist kürzlich von der Anwendung des Rizinusöls die Rede gewesen, von der sich nach berühmten Mustern (wenn sie es auch nachträglich dementierten), die deutschen Faschistenführer eine Befestigung ihrer Politik und Stellung versprechen.

Um eine Idee davon zu geben, was überhaupt in Italien zur Zeit der Strafexpeditionen (spedizioni punitive) vorging und was für Unheil mit dem tonnenweise den unbewaffneten harmlosen Bürgern eingetrichterten Rizinusöl angerichtet wurde, möchte ich folgende Fälle berichten, die Zeugnis ablegen von dem Heldenmut des zu Unrecht als feige verschrienen italienischen Volkes.

In den Jahren 1920—23, als die faschistischen Rizinus-Attentate grassierten, sind viele von den politischen Gegnern des Faschismus an ihnen gestorben oder mit lebenslänglichen Schädigungen (Leberleiden usw.) davongekommen, auch weil die Attentate nicht bloß mit reinem Rizinus, sondern auch mit Maschinenöl-Mischungen, mit Petroleum und Benzin-Mischungen und sogar mit Sputum versetzt ausgeführt wurden.

So berichtet man von einem katholischen Priester in Alatri, Provinz Frosinone, der als Angehöriger des „Partito Popolare" (italienische Zentrumspartei mit bauernbündlerischem Einschlag) von einer faschistischen Sturm-Abteilung (Arditi fascisti) in der Kirche überfallen wurde, als er gerade im Begriff war, zum Altar zu schreiten, und dort gezwungen wurde, ein volles Glas Rizinusöl (mit weniger gaben sich die Herren nicht ab) zu trinken. Der fromme Mann lehnte sich nicht gegen den Gewaltakt auf, sondern bezwang sich und las noch mit äußerster Selbstbeherrschung seine Messe, wenn er auch nachher totkrank in seine Behausung eingeliefert werden mußte.

Ein anderer temperamentvoller Priester in der Provinz Ferrara verteidigte sich mit größter Heftigkeit gegen zwanzig SA-Faschisten, die vergeblich versuchten, ihm das starkwandige Glas mit dem Oel zwischen die zusammengepreßten Zähne zu zwängen, die ihm bei diesem Versuch eingeschlagen wurden, ohne daß es gelungen wäre, ihm das Oel einzuflößen.

Einige Arbeiter aus der Provinz Treviso wurden zwangsweise purgiert, verprügelt, und dann ließ man sie vier Tage lang in einer Zelle ohne jeden Beistand liegen.

In Bologna sollte ein demokratischer Apotheker unter vorgehaltenem Revolver sein eigenes Oel trinken, wehrte sich aber dermaßen, daß er mit einer ungeheuren Tracht Prügel und der Demolierung seiner Apotheke davonkam.

Während des Marsches auf Rom wurde ein antifaschistisch gesinntes Mädchen, weil sie eine Kolonne marschierender Faschisten beschimpft hatte, im Auto entführt, darauf in ihrem kläglichen Zustand aus dem Auto geworfen und ohne Beistand auf der Landstraße liegen gelassen.

Aber ein wahres Bild der faschistischen Volksseele, die in den Momenten gesteigerter Erregtheit noch heute am liebsten zur Blutrache greift, liefert jener florentinische Eisenbahner, der von seinen ehemals sozialistischen, aber zum Faschismus übergegangenen Kameraden verprügelt und mit einer anständigen Dosis Rizinusöl versorgt worden war, bei eintretender Wirkung noch die Kraft hatte, die Faezes zu sammeln und in einer Konservenbüchse zu verlöten. Diese Büchse begrub er dann des Nachts im Beisein seiner kaum schulpflichtigen Kinder an einer einsamen Stelle im Walde und ließ die Kinder heilige Eide schwören, daß sie, wenn es ihm bei Lebzeiten nicht gelänge, Rache zu nehmen, diese nach seinem Tode an seinen Feinden, oder falls diese nicht mehr am Leben wären, an deren Kinder (!) zu üben, indem sie ihnen den Inhalt dieser famosen Büchse eintrichtern sollten.

In dieser Weise wurde und wird das italienische Volk terrorisiert, besiegt, aber nicht bezwungen, das ist das Ergebnis so vieler glorreicher Befreiungskämpfe und der beispiellosen nationalen Erhebung unter Garibaldi!

Alberto Mario.

So leben „bescheidene" Leute

Berlin, 24. Juni 1932.

Im Devaheim-Prozeß wurde in der gestrigen Nachmittagsverhandlung die Verlobte des Angeklagten Claussen, die Schriftstellerin Frau Raffel, als Zeugin gehört, die sich hauptsächlich über dessen Lebensführung äußerte und betonte, daß

Claussen sehr bescheiden gelebt

hätte.

Der Staatsanwalt rechnete ihr aber nach, daß sie und Claussen aus den regulären Einkünften kaum das 20 000-Mark-Auto hätten anschaffen und halten können. — Staatsanw.: Als ich bei Claussen die Durchsuchung vornahm, habe ich auch

unzählige Rechnungen von Pariser Modehäusern für Ihre Garderobe gefunden.

Ich entsinne mich beispielsweise, daß

ein Kostüm 2000 Francs

kostete. (Ironisch): Das ist ja nicht viel, damit läßt sich ja zur Not auskommen. (Heiterkeit.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlung beschäftigte man sich mit den 5000 Mark, die unberechtigterweise dem Pfarrer Hermenau zugeflossen sind.

Deutschland wird vernebelt

Friedland (Ostpreußen), 24. Juni.

Im Rahmen der großen ostpreußischen Luftschutzübung, die von Generalleutnant von Mittelberger vom Reichswehrministerium geleitet wird, fand am Freitag vormittag die

Vernebelung

des Großkraftwerkes Friedland statt. Diese Vernebelung soll dazu dienen, durch Beobachtung aus der Luft festzustellen, ob und in welcher Zeit sich die Vernebelung des Werkes durchführen läßt. Zunächst wurde bei völliger Windstille und tiefliegenden Wolken eine Probevernebelung vorgenommen, die um 10 Uhr begann und bei der etwa 1000 Liter Säure verbraucht wurden.

Diesmal ist es umgekehrt wie die marxistische Theorie lehrt. Nicht die Politik paßt sich der Technik, die Technik paßt sich der Politik an. Sie läuft parallel mit dem Versuchen der Regierung Papen, die Gehirne des Deutschen Volkes zu vernebeln. Durch Beobachtung am 31. Juli soll festgestellt werden, ob und in welcher Zeit die Vernebelung sich durchführen läßt. Bei tiefliegenden Wolken und von SA-Stürmen belebter Windtätigkeit wird die Probevernebelung vorgenommen, die am 31. Mai begann, bei der einige Liter Arbeiterblut verbraucht wurden und die, wenn der Versuch glückt, durch die Generalvernebelung durch Adolf Hitler abgelöst werden soll.

Der enthüllte Elefant

Unsere Kolonialhelden bei der Arbeit Korpus

TU. Bremen, den 24. Juni 1932.

Das dem Gedächtnis der bei der Verteidigung der deutschen Schutzgebiete gefallenen deutschen Helden gewidmete Kolonialdenkmal der Abteilung Bremen der Deutschen Kolonial-Gesellschaft wird am 6. Juli eingeweiht. Neben einer Ansprache des Präsidenten der Deutschen Kolonial-Gesellschaft wird General v. Lettow-Vorbeck sprechen. Das Ehrenmal besteht aus einem 7 Meter hohen aus Klinkern erbauten Elefanten und steht auf einer Krypta, in der ein Ehrenbuch mit den 1500 Namen der Gefallenen in den Schutzgebieten niedergelegt ist. Nach seiner Erbauung war ein Einweihungstermin festgelegt worden. Inzwischen war durch Notverordnung das Demonstrationsverbot gekommen und der bremische Staat hatte die Weihefeier verboten. Auf Protest gegen dieses Verbot wurde dann von unbekannter Seite die Denkmalsenthüllung sozusagen auf Raten durchgeführt, indem man allmählich Stücke von der Hülle herunterschnitt, so daß der Elefant vor längerer Zeit bereits seiner Hülle verlustig ging. Mit Aufhebung des Umzugsverbots soll jetzt auch das Ehrenmal in würdiger Form seine Weihe erhalten.

*

Für solchen Einweihungsrummel ist Geld vorhanden — während Millionen hungern. Die Bremer Arbeiterschaft sollte am 6. Juli Gewehr bei Fuß stehen und den Chauvinisten ihr verbrecherisches Handwerk legen!

Ein neuer Fall Riedel-Guala?

Berlin, 24. Juni 1932.

Unter der schweren Beschuldigung, zwei Frauen ermordet zu haben, wurde in der vergangenen Nacht der 32 Jahre alte Bauunternehmer Bruno Matthe aus Marzahn festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, daß er seine Wirtschafterin, die 26 Jahre alte Anna Potowski, die am 19. Mai 1932 verstarb, vergiftet haben soll. Weiter wird ihm vorgeworfen, die 26 Jahre alte Wirtschafterin Charlotte Klautze, die gestern in seiner Wohnung schwer krank aufgefunden wurde, ebenfalls vergiftet zu haben.

Mit der Wirtschafterin Anna Potowski hat Matthe seit Jahren zusammengelebt. Sie hatten ein drei Jahre altes Kind. Auf einer Reise traf er eine alte Jugendbekannte, Charlotte Klautze, die in Not geraten war und die er in sein Haus aufnahm. Eines Tages wurde Anna Potowski, mit Veronal vergiftet, aufgefunden. Man nahm an, daß sie aus Eifersucht Selbstmord verübt hatte. Allerdings tauchten schon damals Gerüchte auf, daß er an ihrem Tode schuld sei.

Seitdem führte die Klautze ihm die Wirtschaft. Anfang dieser Woche teilte er ihr mit, daß sie bald ausziehen müsse, da er heiraten wollte. Gestern nachmittag wurde sie, gleichfalls mit Veronal vergiftet, aber noch lebend, aufgefunden.

Ob in den beiden Fällen ein

Verbrechen oder Selbstmord

vorliegt, ist vorläufig völlig ungeklärt. Der Fall erinnert an den Giftmordprozeß Riedel-Guala, der vor kurzem in der Schweiz großes Aufsehen erregte. Auch hier wurde ein Mann beschuldigt, seine Frau vergiftet zu haben. Nachdem er fünf Jahre lang unschuldig im Zuchthaus gesessen hatte, stellte sich heraus, daß Selbstmord aus Eifersucht vorlag.

Den Richtern, die über Matthe zu urteilen haben, wird dieser Fall abschreckende Warnung sein müssen, weniger leichtfertig mit einem Menschen umzugehen als die Schweizer Kollegen.

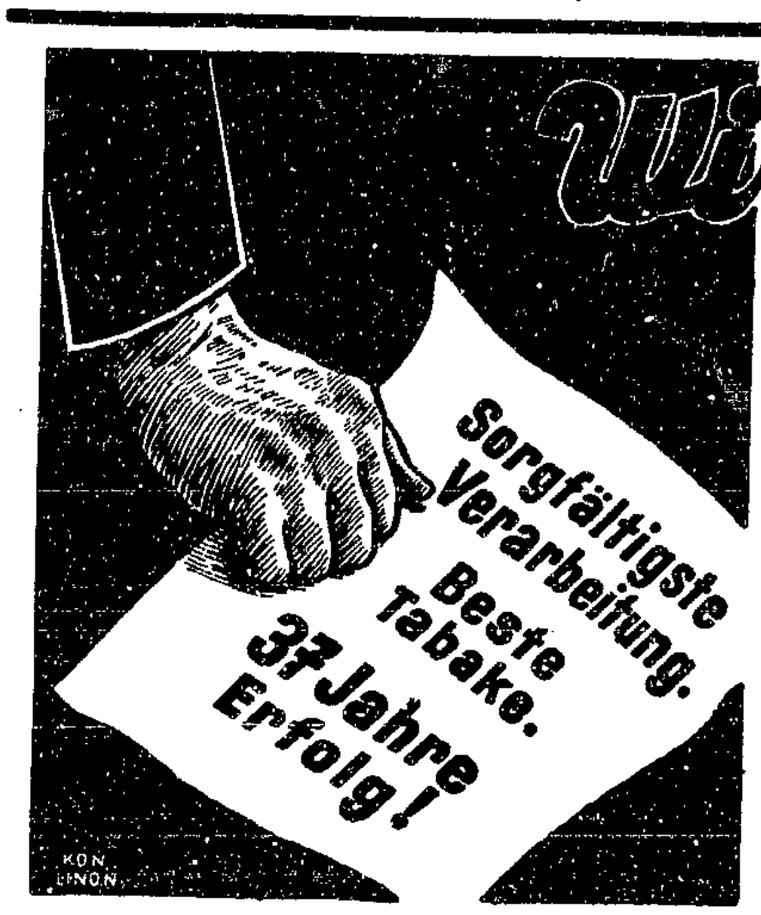
Im Zeichen der Zeit

New York, 24. Juni 1932.

In dem Vertrag Schmelings mit seinem Manager Joe Jacobs ist festgelegt, daß Jacobs ihm ein jährliches Mindesteinkommen von 100 000 Dollar garantiert. Im Jahre 1931 hat Schmeling

Gesamteinahmen von rund 150 000 Dollar

gehabt. Für den Boxkampf mit Sharkey hat Schmeling 166 000 Dollar bekommen und Jacobs 66 000 Dollar.



Wir stellen unter Beweis,
daß „Juno" den vollen Tabakwert enthält.
Das können wir,
weil unserer
JUNO
keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien beigegeben werden.
So handeln wir in Ihrem und unserem Interesse,
und gerade darum stehen
Millionen Raucher treu zu ihrer „Juno".

Sozialdemokratische „Grundsätze“

Marx, Engels, Bebel und andere Vorkämpfer der sozialistischen Weltanschauung haben uns genügend Material hinterlassen, aus welchem klar ersichtlich ist, welche Stellungnahme der Sozialismus zur Religion einnimmt. Bebels Ausspruch „Sozialismus und Religion stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“ sowie Marx Ausspruch „Religion ist Opium fürs Volk“. Trotzdem finden wir heute unter dem Aushängeschild „Sozialismus“ die sonderbarsten Blüten. Einige Beispiele:

1. Otto Braun, zurzeit noch sozialdemokratischer, preußischer Ministerpräsident, sandte dem Papst folgendes Telegramm:

„Zu Eurer Heiligkeit 75. Geburtstage wünsche ich im Gedenken an die freundschaftlichen Beziehungen des Preußischen Staates zum Apostolischen Stuhle, daß Eurer Heiligkeit noch viele Jahre in körperlicher und geistiger Frische zum Segen der katholischen Kirche und zum Wohle der in schwerer Not befindlichen Völker beschieden sein mögen.“

2. Eine höhere Schule in Hannover wollte für die Elternbeiratswahlen eine „Christlich-unpolitische Liste“ aufstellen. Auf dieser erklärte sich zur Kandidatur bereit ein Sozialdemokrat, der sogar Vorsitzender der Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes (!) ist.

3. Im Orte Gehrden bei Hannover standen zur Elternbeiratswahl zwei Listen im Kampf. Die Sozialdemokraten warfen den Christlich-Unpolitischen vor, daß sie nicht politisch neutral seien. Sie selber brüsten sich in einem Bericht in der sozialdemokratischen Zeitung damit, daß in der ganzen Stadt nur 3 Kinder nicht am Religionsunterricht teilnehmen und sich auf ihrer Liste kein Heide befindet, sondern alle Kandidaten gute Christen sind.

Also: Sozialdemokraten freuen sich, daß sie keine Heiden sind, kandidieren als Freidenker auf der Christlich-unpolitischen Liste und beglückwünschen den Papst, weiterhin zum Segen der katholischen Kirche wirken zu wollen.

Wenn bei solchen Vorkommnissen die sozialistische Weltanschauung vor die Hunde geht, ist das ein Wunder/ **Beso.**

A Weiter über 700 000 Arbeitslose

Trotz der sommerlichen Jahreszeit kann von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkte im Bezirke des Landesarbeitsamt Sachsen nicht berichtet werden. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist von 707 406 Ende Mai bis Mitte Juni auf 703 556 zurückgegangen. Die Abnahme beträgt also 3850 oder 0,5 v. H. Die geringe Entlastung des Arbeitsmarktes erstreckt sich in der Hauptsache auf die Außenberufe. Die beiden sächsischen Hauptindustrien, das Metallgewerbe und die Textilindustrie, zeigen jedoch keine Besserung ihrer sehr schlechten Arbeitsmarktlage. Beide Berufsgruppen weisen immer noch je über 100 000 Arbeitsuchende auf, und zwar das Metallgewerbe 112 812 männliche und 6724 weibliche, zusammen 119 536 und das Spinnstoffgewerbe 39 450 männliche und 69 117 weibliche, zusammen 108 567 Arbeitsuchende. Auch die Berufsgruppe der Lohnarbeiter wechselnder Art zählt 112 847 Arbeitsuchende, sie verteilen sich auf 92 242 männliche und 20 605 weibliche Personen. Die überaus ungünstige Arbeitsmarktlage für die sogenannten geistigen Berufe, und zwar für die Berufsgruppen der kaufmännischen Angestellten, Büroangestellten, Techniker aller Art und freie Berufe, zeigt die Gesamtzahl von 67 301 Arbeitsuchenden an.

Aus dem Arbeitsamtsbezirke Chemnitz ist hervorzuheben, daß verschiedene Berufsgruppen überhaupt keine Arbeitsgelegenheiten aufweisen. Es ist in der Chemnitzer Hauptvermittlungsstelle der Metallindustrie in der ersten Hälfte der Berichtszeit nicht eine einzige offene Stelle gemeldet worden, dabei beträgt die Zahl der gemeldeten arbeitsuchenden Metallfacharbeiter und Hilfsarbeiter rund 20 000. Infolge von Reichsbahnaufträgen konnten in einigen Arbeitsamtsbezirken in der Industrie der Steine und Erden einige Steinbruchsbetriebe umfangreiche Einstellungen von Arbeitskräften vornehmen. Rund 1500 weibliche Arbeitskräfte kamen im Arbeitsamtsbezirke Dresden in Zugang, und zwar in der Hauptsache aus der Zigarettenindustrie und dem Strohhutgewerbe, in dem die Saison beendigt ist.

Das in verschiedenen Industriezweigen sonst üblicherweise um die gegenwärtige Jahreszeit einsetzende Wintergeschäft läßt auf sich warten. Infolge des Fehlens von Neubauten sind im Baugewerbe fast gar keine Einstellungen von Arbeitskräften zu verzeichnen; zur Ausführung von Reparaturen und Hausputzarbeiten konnten eine Anzahl Arbeitskräfte in Beschäftigungsverhältnisse treten.

Coswig (Bez. Dresden)

Die Arbeiter wollen die Einheit. Der von den drei Arbeiterparteien zusammengesetzte Erwerbslosenausschuß arbeitet unter den Vorsitz eines SPD-Genossen beispielgebend. In der Versammlung am 22. Juni waren fast 50 Prozent der örtlichen Erwerbslosen anwesend. Die KPD-Führer sollten diesen Besuch in Vergleich stellen zu ihren fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Partei-Erwerbslosen-„Aktionen“ und ehe es zu spät ist, lernen, wie die Einheitsfront aller Arbeiter zustande gebracht werden kann. Die Genossen Peter (KPD), Mente (SAP) und Fogel (SPD) sprachen als Referenten sachlich zu den Aufgaben der Arbeiterklasse angesichts des drohenden Faschismus. Wenn auch der SPD-Redner die Koalitions- und Tolerierungspolitik seiner Partei noch verteidigen zu müssen glaubte und in Bezug auf den Parlamentarismus als Machtmittel für die Arbeiter Illusionen hegte, so werden die Arbeiter selbst recht bald einheitlich zu der Erkenntnis gelangen, daß es gar nicht auf die Absichten, sondern nur auf die Ergebnisse der Politik der SPD ankommt, und die sind in jedem Fall katastrophal für das gesamte Proletariat. Die vom besten Kampfgeist getragene Versammlung setzte ein Komitee aus je zwei Vertretern der Arbeiterparteien ein mit der Aufgabe, Verbindung mit den Betrieben und Arbeiterorganisationen am Ort und im Umkreis bis Meißen und Radebeul zu suchen, um eine einheitliche Front aller Arbeiter gegen die politische und soziale Reaktion aufzurichten. Der Vorschlag des Genossen Mente für die kommende Reichstagswahl die Listenverbindung der drei Arbeiterparteien zu erstreben, wurde von der Versammlung gutgeheißen. An der anschließenden Demonstration beteiligten sich die Versammlungsbesucher fast restlos. Vor dem Posthause und dann noch am Auflösungsort wurden kurze Ansprachen gehalten. Das Coswiger Beispiel muß Nachahmung finden in allen Orten des Dresdener Industriegebietes. Wo bleiben die Dresdener Erwerbslosen?

Nünchritz

Pfui Teufel! In der Meißener „Volkszeitung“ steht in Nr. 143 ein Artikel, der alles bisher Dagewesene im Kampf gegen unsere hiesige SAP-Gruppe an Gemeinheit und Verlogenheit übertrifft. Ein erbärmliches Subjekt wagt es, uns indirekte Beziehungen zu den Nazis zu unterschieben, die hier anfangen sich zu regen und unter stillschweigender Duldung des nur aus SPD-Leuten bestehenden Betriebsrates ihre Leute in der Chemischen Fabrik unterbringen. Bisher hat man sich um diese Nazis nicht gekümmert, deren Führer der früher in der SPD organisierte Werkmeister Eichler, Vater des Lagerhalters Eichler, ist. Nun bekommt man Angst vor den Gemeindewahlen und sucht uns, da man sich scheinbar Gedanken macht, daß die SPD-Mehrheit durch die durchaus nicht immer sozialistische Politik verloren gehen könnte, als Sündenböcke vorzuschieben. Hören wir es aber wörtlich: „Bei diesem Kampf (der Nazis gegen das rote Nünchritz) scheint eine andere Gruppe auch dabei sein zu wollen. Der Vorsitzende (unser Genosse Joppich) und einige andere Leute von der SAP haben sich als Kampfziel gesteckt, unter allen Dingen (soll wohl heißen: Umständen) das rote Nünchritz zu zertrümmern und den Bürgerlichen zur Macht zu verhelfen. Die SPD und die Eiserne Front, vor allem die Funktionäre, werden von den Mitgliedern der SAP als „rote Brüder“ bezeichnet. Man weiß bald nicht mehr, was für Farben die SAP hat.“ Soviel Worte, soviel niederträchtige Lügen! Wir wissen, daß man uns in unsere letzte Mitgliederversammlung Spitzel geschickt hatte. Wir können aber beim besten Willen nicht annehmen, daß deren „Berichterstattung“ derartig verlogen und bewußt ins Gegenteil verdreht ausgefallen sein soll. Mithin können wir nicht anders, als den Verantwortlichen für den Schmutzartikel, der ebensogut in dem Riesaer Naziblättchen stehen könnte, als ganz gemeinen Lügner und Ehrabschneider zu bezeichnen.

Planitz

Wir marschieren mit! Beim Reichsarbeitersporttag, am 26. Juni, beteiligt sich die gesamte Mitgliedschaft der SAP und des Schutzbundes am Festzug der Sportler. Der Sporttag findet seine Einleitung am 25. Juni durch einen geselligen Abend im Volkshausgarten „Frohe Laune“; Touristen, Sänger, Tanzkreis und Radfahrer bürgen für ein gutes Gelingen. Am Sonntag wird das Hauptinteresse den Fußball-, Handball-, Radballspielen, Ring- und Boxkämpfen zufallen, die Gewähr dafür bieten, daß jeder Besucher auf seine Rechnung kommt.

Radiumbad Oberschlema

Der Herr Bade„direktor“. Seit unsere Gemeinde Kurort ist, hat so mancher Fremde hier schon Arbeit und Brot gefunden. Mancher glaubte auch, alles, was seit Jahren bestand, auf den Kopf stellen zu müssen. Meistens war dann das Ende vom Lied, daß diese Helden sang- und klanglos von dannen zogen, und was von ihnen zurückblieb, waren Schulden. Die Badegesellschaft ist in den Händen eines Herrn Wollmann, der sich Direktor nennt, aber in Wirklichkeit nur den Posten eines Geschäftsführers innehat. Wenn man seinem Getue glauben wollte, müßte man annehmen, daß es keine Sache gibt, in der er nicht firm ist. Einst Bergwerksingenieur in Oelsnitz, ist er zunächst nach Leipzig zu einer Filmgesellschaft gegangen. Mitten aus seiner Laufbahn als Filmstern wurde Herr Wollmann herausgerissen und als Geschäftsführer des hiesigen Radiumbades gewählt. Damit glaubt nun Herr Wollmann, sei sein Brot gebacken. Aber er möge nur recht vorsichtig sei, schon viele dieser hellen Köpfe haben sich in Oberschlema den Schädel eingerannt. Wir werden zu gegebener Zeit die Einwohner von Oberschlema über Herrn Wollmann weiter unterrichten.

Aue

Erwerbslosenversammlung. Montag nach der Kantstraße für alle Alu-, Kri- und Wohlfahrtsempfänger im „Bürgergarten“. Unsere Genossen und Genossinnen müssen alle erscheinen.

Mylau i. V.

Die Freie Turnerschaft stellt am Sonntag, gegen 13,15 Uhr, an der Kiesgrube zum Festzug durch die Stadt nach dem Turnplatz, um dort ihr Schauturnen abzuhalten. Unterstützt den Arbeiterturnverein durch euren Besuch!

Delitzsch

Ortsausschuß des ADGB nimmt Stellung gegen Papenregierung und reaktionäre Haltung der bürgerlichen Stadtverordnetenfraktion. Der Ortsausschuß des ADGB beschäftigte sich mit den Vorgängen im Stadtparlament. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Gewerkschaftsdelegierten nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Bürgerlichen- und Beamten-Stadtverordnetenfraktion, die trotz der starken Zunahme der tuberkulosegefährdeten, blutarmen Kinder die Vorlage für die Errichtung einer Kindererholungsstätte in der letzten Stadtverordneten-Sitzung ablehnten. Die Delegierten sehen in dem Verhalten der Beamtenfraktion sowie der bürgerlichen Fraktion, in der vorwiegend die Delitzscher Geschäftsleute vertreten sind, ein Akt der Arbeiterfeindlichkeit, wie er krasser nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte. Als Antwort werden die Delegierten nunmehr in verschärftem Maße dafür Sorge tragen, daß die Arbeiterschaft von Delitzsch ihren Warenbedarf restlos in der Konsumgenossenschaft decken wird. Im Hinblick auf die dringend notwendigen Fürsorgemaßnahmen für die durch ärztliche Untersuchung festgestellten 410 unterernährten und blutarmen Kinder fordern die versammelten Gewerkschaftsvertreter im Namen von über 2000 Mitgliedern der Delitzscher freien Gewerkschaften vom Magistrat, daß trotz der Sabotage der beiden bürgerlichen Fraktionen die Errichtung des Kindererholungsheims in der Spröde durchgeführt wird.“ Weiter beschäftigte sich der Ortsausschuß mit den antisozialen Notverordnungsmaßnahmen der Papenregierung, gegen die ebenfalls einstimmig eine Resolution angenommen wurde, in der es u. a. heißt: „. . .Angesichts der ungeheuren Gefahr, die durch das Vordringen des Faschismus vor der Arbeiterschaft steht, halten die Delegierten die Herstellung eines Kampfbündnisses der KPD, SPD und aller proletarischen Organisationen für das dringendste Gebot der Stunde. Nur im einheitlichen gemeinsamen Kampf gegen die Notverordnung liegt die einzige Kraft zur Zerschlagung der faschistischen Reaktion.“ Ferner wurden die Delegierten auf den Reichsarbeitersporttag hingewiesen, der am kommenden Sonntag stattfindet. Der Kinderchor des Arbeitersängerbundes Dessau ist am 3. Juli in Delitzsch zu Gast und wird 16 Uhr, im Schützenhaus, ein Konzert geben. Eintrittskarten im Vorverkauf bei allen Funktionären und im Konsumverein. Für die kleinen Sänger werden Quartiere benötigt. Alle Gewerkschaftler werden deshalb gebeten, soweit sie Quartiere zur Verfügung stellen können, sich in die Quartierlisten einzutragen, die bei den Sportfunktionären und im Konsumverein ausliegen. Weiter wurde der Beschluß der Jugendkartells gutgeheißen, eine Kundgebung gegen Arbeitsdienstpflicht und die Auswirkungen der Notverordnungspolitik der Papenregierung durchzuführen. Die Vorarbeiten zur Durchführung wurden dem Jugendkartell übertragen. Dieses wird alle proletarischen Jugendorganisationen auffordern, gemeinsam mit dem Jugendkartell diese Kundgebung durchzuführen. Zu diesem Zweck findet am Dienstag, 20 Uhr, in der Mittelschule eine Besprechung mit den in Frage kommenden Organisationen statt. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Elternbeiratswahlen am Sonntag, und zwar in der Zeit von 8 bis 13 Uhr in der Knabenschule, von 10 bis 15 Uhr in der Mädchenschule stattfinden.

Halle a. S.

Metallarbeiter! Jeder von euch muß am Sonntag zur DMV-Wahl gehen und seine Stimme der Oppositionsliste König geben. Tut eure Pflicht, um gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie den Willen der revolutionären Arbeiter durchzusetzen!

Magdeburg

In unserer Parteimitgliederversammlung referierte Genosse Jordan, Thale, über die gegenwärtige politische Lage und die aktuellen Aufgaben der SAP. Eine rege Diskussion schloß sich an. Allerseits wurde die Notwendigkeit des selbständigen Vorgehens der Partei im Reichstagswahlkampf anerkannt. Es muß aber auch alles versucht werden, um die Aufstellung einer den Arbeiterparteien gemeinsamen Reichsliste zu erreichen. Die Sammlung zur Durchführung des Wahlkampfes in Magdeburg ist kräftig im Gange und hat bereits erfreuliche Ergebnisse erzielt. In Magdeburg-Neustadt konnte unter aktiver Beteiligung unserer Genossen ein Einheitskartell zur Abwehr der faschistischen Gefahr geschaffen werden. Wir hoffen, daß es der Ausgangspunkt für den festen Kampfblock aller Arbeiterorganisationen in ganz Magdeburg ist. In spontanen Kundgebungen gegen den Straßenterror der Nazis kam der einheitliche Kampfeswille der Massen bereits deutlich zum Ausdruck.

Hannover

Polizei unterstützt Provokation der Nazis! Die Nazis kündigten durch ein die Oeffentlichkeit täuschendes Plakat, nach dem es so aussieht, als handle es sich um eine kommunistische Versammlung, in dem Arbeiterviertel Linden eine öffentliche Versammlung an. War schon diese Versammlungsankündigung eine Provokation der Arbeiterschaft, so war der geschlossene Einmarsch der SA und SS unter Bedeckung der Polizei in das Arbeiterviertel das Unerhörteste. In der Nähe des Versammlungslokals hatten sich riesige Arbeitermassen aller Richtungen versammelt. Als erste erschienen die SS-Leute. Als sie die ungeheuren Arbeitermassen, die sich zu ihrer „Begrüßung“ eingefunden hatten, sahen, ging eine sichtliche „Erregung“ durch ihre Reihen. Und plötzlich ohne Grund, ertönte ein Signal, und die SS fiel gemeinsam mit der Polizei über die Arbeiterschaft her. Hierbei ist einwandfrei festgestellt, daß die SS-Leute schwer bewaffnet waren. Die Polizei hat nicht etwa der SS die Waffen (Totschläger, Gummiknüppel und Stahlruten usw.) abgenommen, trotzdem sie ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurde, sondern hat so getan, als ob sie nichts gesehen habe. Es ist beobachtet worden, daß die SS-Leute in ihren Stiefeln Stichwaffen trugen. Noch empörender gestaltete sich der Aufzug der SA. Beide Straßenseiten einnehmend, unter Flankierung berittener Polizei, zogen sie in Trupps von 100 bis 200 Mann, trotz Demonstrationsverbots, zu dem Versammlungslokal. Aber nicht genug damit, beim Anblick der von der Polizei in die Nebenstraßen abgedrängten Arbeitermassen gaben die Gruppenführer das Kommando, den Schulterriemen zu lösen; mit Schulterriemen, Koppel und anderen Schlagwaffen in der Hand, unter dem Schutze der Polizei, ließ man die SA weiter provozieren.

Ein Genosse von der Bezirksleitung unserer Partei rief unter dem Eindruck dieser skandalösen Zustände den stellvertretenden Polizeipräsidenten Habben telephonisch an. Er verlangte, daß die Polizei die SA und SS nach Waffen untersuchen solle, und machte ihn auf das außerordentlich provozierende Verhalten der Nazis aufmerksam, außerdem darauf, daß die Polizei einseitig gegen die Arbeiterschaft vorgehe und offensichtlich Partei für die Nazis ergreife. Nach einigen nebensächlichen Bemerkungen sagte Regierungsrat Habben wörtlich: „Ich bin davon überzeugt, daß, wenn diese Nationalsozialisten nicht von der Straße aus angegriffen werden, sie keinem etwas tun würden.“ Bei einer solchen Einstellung gegenüber den Nationalsozialisten ist das Vorgehen der Polizei kein Wunder. Interessieren dürfte noch, daß ein Sozialdemokrat Polizeipräsident von Hannover ist. Außerdem ist je bekanntlich der Vorgesetzte des Polizeipräsidenten Barth der Oberpräsident Noske. Wir sehen an diesen Beispielen, wie es mit der vielgerühmten „Machtposition“ der SPD in Preußen aussieht. Die Arbeiterschaft muß auch aus diesen Vorgängen die nötigen Konsequenzen ziehen. Wenn der Terror der Nazis nicht überhand nehmen soll, muß ernst gemacht werden mit der Bildung der antifaschistischen Einheitsfront aller Arbeiter. Unsere Ortsgruppenleitung hat sich schon vor Wochen an SPD, KPD und ADGB gewandt, um über die Abwehrmaßnahmen zu sprechen, bis heute haben wir keine Antwort erhalten. Hoffentlich zeigen ihnen die jüngsten Ereignisse, daß es kein Zögern mehr gibt, sondern Handeln das Gebot der Stunde ist!

Düsseldorf

Achtung, ZdA-Mitglieder! Donnerstag, den 30. Juni, 16—21 Uhr, findet die Vertreterwahl im Sitzungssaal des Verbandsheimes, Schadowstr. 73, II. Etage, statt. Für unsere Genossinnen und Genossen kommt nur die Wahl der Liste 2, „Klassenkampf“, Listenführer Genosse Fritz Vent, in Frage. Es ist Pflicht aller SAP-Mitglieder, die dem ZdA angehören, ab heute bis zum Schluß der Verhandlung die höchste Aktivität zu entfalten. Insbesondere wird auf den Aufruf in Nummer 25 der „Fackel“ verwiesen, der es allen zur Pflicht macht, nicht nur für die Liste „Klassenkampf“ zu werben, sondern auch dafür zu sorgen, daß durch die entsprechende Wahlbeteiligung der Erfolg dieser Liste sichergestellt wird. ZDA-Mitglieder von Ratingen, Hilden, Benrath, Erkrath usw. müssen hier wählen. Für revolutionären Kurswechsel des ZdA am 30. Juni jede Stimme der Liste 2 „Klassenkampf“!

Organisationsnachrichten

SJV Unterbezirk Oberlausitz: Jungproletentreffen, verbunden mit Reichsarbeitersporttag, 25. und 26. Juni in Elbau. 25. Juni, 20 Uhr, spricht Gen. Erich Tittel, Dresden, im Gerichtskretscham, über das Thema: „Schafft die revolutionäre Einheitsfront gegen Faschismus und drohende Kriegsgefahr!“ — 26. Juni, 13.30 Uhr, Stellen zum Demonstrationszug, ab „Ameise“. Anschließend auf dem Gemeindesportplatz in Elbau, Reichsarbeitersporttag.

SAP Düsseldorf: Mittwoch, 20 Uhr, spricht in einer erweiterten Mitgliederversammlung Genosse Pottune, M.d.R., Frankfurt a. M., im Lokal Taunus, Wehrhahn 70, über „Notverordnung und Reichstagswahlen“.

Bund der freien Schulgesellschaften, Bezirksverband Düsseldorf: Sonntag, 3. Juli, 9.30 Uhr, Bezirksvertretertagung, in der Städt. Tonhalle in Düsseldorf. Tagesordnung u. a. „Schulpolitische Lage“ (Referent Bundesvorsitzender Linke) und Bericht der pädagogischen Fachgruppe. — Mitglieder des Bundes als Gäste willkommen; durch Vorzeigen der Mitgliedskarte legitimieren.

Niederbergischer Wanderverein Ratingen: Dienstag, 28. Juni 20 Uhr, im Volkshaus, Versammlung.

Frauenblatt der SAZ

Wera Figner achtzig Jahre

Am 24. Juni wurde die russische Revolutionärin Wera Figner achtzig Jahre alt.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als es in Rußland noch kein Proletariat in unserem Sinne gab, entstand im Zarenreich die Narodniki-Bewegung. Die unmenschliche Ausbeutung der Millionen Bauern, die in den elendesten, unwürdigsten Verhältnissen ihr Dasein fristeten, das Prasserleben weniger tausend Gutsherren, die ihr Vermögen aus dem Blut und Schweiß der Aermsten erpreßten, der grausame, Furcht und Schrecken einflößende Militärdespotismus des Zarenhofes mit seiner politischen und ökonomischen Beständigkeit gegenüber den modernen westeuropäischen Staaten, der unerträgliche Druck, der auf dem geistigen Leben Rußlands lastete und jeden freien Gedanken verbannte — all das rief die Opposition des fortgeschrittenen Bürgertums und eines kleinen Teiles des Adels, der russischen Intelligenz, hervor.

In kleinen Geheimzirkeln wurden die politischen Probleme Rußlands und die Ereignisse Westeuropas diskutiert. Der Despotismus, die Ungerechtigkeit, daß die riesigen Landflächen von den armen Bauern für eine kleine Clique bearbeitet wurden, sollten gebrochen werden. Land und Brot dem Volke! Das waren die Ziele der Narodniki, der Volkssozialisten, mit denen sie ins Volk gingen, um es durch Aufklärung und Propagierung dieser Ideen reif zu machen für die Revolution. Als Lehrer und Aerzte, als Helfer und Berater, dauernd verfolgt und bespitzelt, oft vergeblich gegen das Mißtrauen der in Schmutz, Unwissenheit und persönlicher Hörigkeit aufgewachsenen Menschen ringend, waren die russischen revolutionären Intellektuellen unter großen persönlichen Opfern und Entsagungen auf den Dörfern tätig.

Doch der Erfolg blieb weit hinter den daran geknüpften Erwartungen zurück. Ein durch Jahrhunderte hindurch in der Leibeigenschaft geknechtetes Bauerntum, das wohl gelegentlich gegen allzu harten Druck rebelliert, seine Herren verjagt, ihre Schlösser verbrennt, das sonst aber still und demütig alle Qualen und Leiden erduldet hatte, konnte nicht auf Grund einer verhältnismäßig schwachen Propoganda in wenigen Jahren die ergebene Sklavengesinnung vieler Generationen aus seinem Bewußtsein löschen, konnte nicht in wenigen Jahren die Reife, Einsicht, Entschlossenheit, den Mut und Schwung entwickeln, den die eine politische oder soziale Revolution tragende Klasse haben muß. Alles das, was ihnen die Fremden von ihrer Unterdrückung, von den vielen Steuern, Abgaben und Lasten erzählten, sahen sie wohl ein. Aber Sozialismus? Dann sollten sie wohl auch noch das wenige Land abgeben, das sie besaßen? Diese Bauern waren zu einem Umsturz noch lange nicht bereit, reif und fähig.

Ein linker Flügel, zu dem Wera Figner gehörte, fand sich zu einer neuen revolutionären Partei, Narodnaja Wolja (Volksfreiheit), zusammen, die mit terroristischen Methoden auf den Sturz des Zarismus hinarbeitete. Attentate wurden organisiert, hohe Beamte, Minister und Militärpersonen von den Bomben der Terroristen zerrissen. Sechs Attentate auf den Zaren Alexander II. mißlangen, das siebente kostete ihm am 13. März 1881 das Leben.

Aber trotz aller Opfer der kleinen Gruppe unerschrockener Revolutionäre, trotz ihres Heldenmutes, ihrer Todesverachtung, obgleich sie ihr Leben und Blut gern ließen, freudig die Deportation nach Sibirien, die lebenslänglichen Kerkerstrafen, die den sicheren, qualvoll langsamen Tod bedeuteten, auf sich nahmen, konnten diese Methoden nicht zum Ziele führen. Nicht das ganze Bürgertum stand hinter den Revolutionären. Die großen Bauernmassen verhielten sich zum allergrößten Teil kühl und passiv-abwartend. So mußte auch diese kleine mutige Schar nach großen Entbehrungen und Anstrengungen zusammenbrechen. Als 1884 mit der Verhaftung und Verurteilung Wera Figners, die bis zuletzt in bewundernswürdiger Größe und Ruhe den Vollzugsausschuß der Partei geleitet hatte, die letzte aus dem alten revolutionären Stamm fiel, war das Schicksal der Narodnaja Wolja besiegelt. An ihrer Isolierung von den Massen, an dem Fehlen der revolutionären Klasse des Proletariats, an der Ungunst der Zeitumstände mußte dieser tapfere Versuch, den Zarismus zu stürzen und einen agrarischen Sozialismus zu verwirklichen, scheitern.

Die russische Arbeiterbewegung, deren erste Keime 1883 von Plechanow gelegt wurden, hat unter dem Banner des Marxismus die Ziele der Narodniki verwirklicht. Das Wort Plechanows, das er 1889 auf dem Gründungskongreß der 2. Internationale als Vertreter der russischen Delegation sagte: „Die russische revolutionäre Bewegung wird als Arbeiterbewegung triumphieren", hat sich bewahrheitet. Die russische Arbeiterbewegung hat triumphiert.

Jene Vorkämpfer aber aus der Zeit, die Wera Figner in ihrem Buch „Nacht über Rußland" so lebendig überliefert hat, haben sich einen Ehrenplatz in der Geschichte des Proletariats errungen. Zwanzig lange Jahre, ein Viertel ihres Lebens, wurde Wera Figner in dem Grabe der Schlüsselburg gemartert für ihren Kampf gegen die Ausbeutung, für die Befreiung aller Geknechteten. Ihr Kampf, ihr Opfer ist nicht vergeblich gewesen.

Heeb

Die berufstätige Frau in Rußland

Während im Jahre 1932 die Zahl der berufstätigen Frauen im Gebiete der UdSSR noch 2,4 Millionen betrug, ist sie heute auf 6 Millionen angestiegen und soll nach den Plänen des Vollzugskomitees bis Ende des Jahres sich weiter bis auf mindestens 7,5 Millionen vermehren.

Der Dank des Vaterlandes

Anderthalb Milliarden Opfer durch Sozialabbau und Steuererhöhungen — das ist das Fazit der neuen Notverordnung der Papenregierung.

Am meisten leiden wieder die Allerärmsten, die Schwächsten und Elendesten, die Frauen und Kinder. Allein

30 Millionen werden gespart an den Kriegsopfern.

Alle Kriegsbeschädigten, deren Kinder das 15. Lebensjahr überschritten haben und den Eltern gerade während der nun folgenden Jahre bis zum Erwachsensein besondere Unkosten verursachen, werden durch den Entzug der Kinderzulage in ihrer Lebenshaltung auf das schwerste eingeschränkt.

Noch furchtbarer aber wird sich der Entzug aller Waisenrenten nach Vollendung des 15. Lebensjahres für die Vollwaisen und auch für die Lebenshaltung jener Kriegerwitwen auswirken, deren Kinder das 15. Lebensjahr soeben überschritten haben. Mit einem Schlage werden

13 900 Vollwaisen und über 269 000 Halbwaisen von jedem Rechtsanspruch auf eine Rente durch die neueste Notverordnung ausgeschlossen.

In den nächsten Jahren folgen weitere 8500 Vollwaisen und 35 000 Halbwaisen.

Was dieser rigorose Entzug der Waisenrenten nach Vollendung des 15. Lebensjahres für die Kriegerwitwen, die unter unsäglichen Mühen und Opfern und Sorgen ihre Kinder endlich bis zur Schulentlassung aufgezogen haben, bedeutet, das kann nur der erfassen, der selbst sich in ähnlicher Lage befindet. Kein Wort der Kritik ist scharf genug, um diese Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete der Reichsversorgung treffend zu geißeln.

Arbeiterfrauen, Arbeitermütter, merkt Euch das!

Woraus besteht eine gute Zigarette?

1. Aus reinen edelsten Orient-Tabaken
2. fachmännischer Mischung
3. guter deutscher Werkarbeit

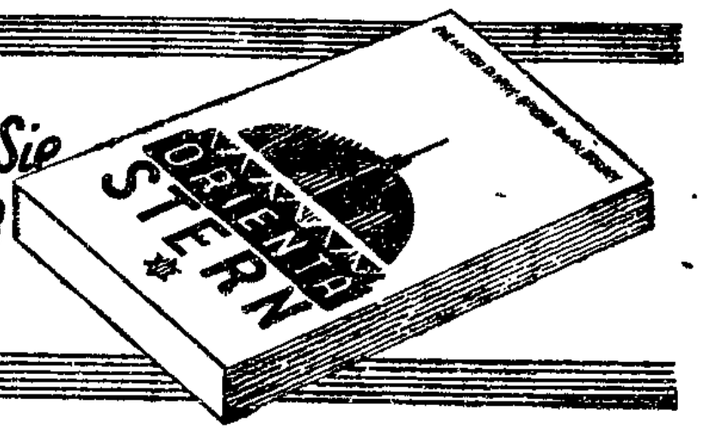
Diese Voraussetzungen erfüllt ORIENTA STERN 2½ ₰.

Die neue deutsche Volkszigarette - 4 Stück 10 ₰

Zur Einführung erhalten Sie einmalig 4 „Orienta Stern" für 5 ₰ unter Abgabe des beigefügten Wertgutscheines. Benutzen Sie die Gelegenheit, so billig in den Besitz dieser Qualitäts-Zigaretten zu gelangen u. lösen Sie noch heute den nachstehenden Gutschein bei Ihrem Zigarrenhändler ein.

Wert-Gutschein Nr. 371 S.Z. (Gültig bis 2. 7. 1932)

Gegen Abgabe dieses Gutscheins u. Zahlung von 5 ₰ erhalten Sie in jedem Zigarrengeschäft 4 „Orienta Stern" im Werte v. 10 ₰ mit Gold od. ohne Mdstck.



„Orienta" Zigarettenfabrik G. m. b. H. Dresden-A. 21.

I. G.-Farben über Deutschland

Wie man sich erinnert, ist die Meldung des „Berliner Tageblatts", wonach für Wirtschaftsfragen im Kabinett ein sogenannter Wirtschaftsbeirat, der auf eine Vertretung der I. G. Farben hinausläuft, in einer Form dementiert worden, die den berichteten Tatbestand selber nicht im geringsten bestritt, sondern im Gegenteil durchaus bestätigte. Dieser enge Konnex zwischen dem Farbentrust und der Junkerclique, ergibt sich auch schon aus dem ersten Schritte, die dieses bisher auf dem Gebiet der Wirtschaftspartität unternommen hat. Alle ergriffenen Maßnahmen bewegen sich durchaus auf der Linie, die der Beherrscher des Farbentrusts, Geheimrat Dr. Kurt Duisberg wiederholt entwickelt hat. So erklärte dieser in einer am 31. Oktober 1930 gehaltenen Rundfunkrede zum Thema „Löhne und Arbeitszeitverkürzung" u. a.:

„Neben den Steuern fallen als fixe Produktionskosten besonders die Lohn- und Gehaltssummen ins Gewicht. Auch ihre Senkung ist nicht zu vermeiden. Härten können aber durch gleichzeitiges Sinken des Preisniveaus ausgeglichen werden. Die Selbstkostensenkung ist Voraussetzung für die notwendige Exportausdehnung, die unseren Betrieben wieder erhöhte Beschäftigung bringt. Nur so ist auch die organische Eingliederung der Arbeitslosen zu erreichen, nicht aber durch künstliche Hilfsmittel, die mehr schaden als nutzen."

Also weitere Lohn- und Gehaltssenkung und damit auch Senkung der Kaufkraft, obgleich auf einer im Dezember 1926 abgehaltenen Konferenz mit britischen Industriellen schon in Anwesenheit Duisbergs festgestellt wurde, daß „die Kaufkraft auf der ganzen Welt hinter der Entwicklung der Produktionsmittel zurückgeblieben ist".

Ueber die Kürzung der Arbeitszeit ließ sich Duisberg in derselben Rundfunkrede wie folgt aus:

„Die viel erörterte Kürzung der Arbeitszeit ist ein solches Mittel, das nicht generell durchführbar ist und nur weitere Verärgerung und Erbitterung auslöst. Der Plan, durch Kürzung der Arbeitszeit der in Arbeit Stehenden, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird, einen Teil der Arbeitslosen von der Straße wegzubringen, ist nur dann möglich, wenn dadurch die nötige Senkung der Selbstkosten nicht beeinträchtigt wird. Was soll mit der generellen Arbeitszeitverkürzung erreicht werden? Möglichst viele Arbeiter wieder einzuschalten. Dazu scheint es doch zweckmäßiger zu sein, wenn

ein freiwilliger Lohn- und Gehaltsabbau der Arbeitenden,

der auch im Falle der Arbeitszeitverkürzung erfolgen müßte, die notwendige Selbstkostenlage schafft, und zwar die Selbstkostenlage, die es den Betrieben ermöglicht, die Produktion auszudehnen und neue Arbeitskräfte wieder organisch einzugliedern. **Nur dieser Weg führt zum Ziel und nicht der, neue Arbeitskräfte durch Arbeitszeitverkürzung zu den alten Selbstkostensätzen, die ja nur anders verteilt werden, und dann keine Entlastung bedeuten, zwangsweise zu beschäftigen. Die Folge des zweiten Weges wäre zweifellos ein weiterer Produktionsrückgang."**

Hätte Duisburg die neueste Notverordnung persönlich zu entwerfen gehabt, sie wäre kaum anders ausgefallen. Aber auch der Gedanke der Bildung eines über Parlament und Kabinett stehenden „Wirtschaftsbeirates", wie ihn die politischen Hasardeure des Papen-Kabinetts verwirklicht haben oder doch zu verwirklichen im Begriffe stehen, entsprang dem Gebieter des Chemietrusts. In der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 23. Mai 1930 sagte Duisberg:

Wir müssen dahin kommen, daß auch in der Politik wirtschaftliche Angelegenheiten von wirtschaftlichen Sachverständigen maßgeblich beeinflußt werden."

Es ist bezeichnend, daß eine der ersten Entscheidungen Papens in der Erfüllung dieses Verbotes bestand.

Das Echo des Hoover-Plans

Paul Boncour lehnt ab

Der Vorschlag des Präsidenten Hoover, die Rüstungen allgemein um ein Drittel zu reduzieren, hat fast durchweg die Zustimmung der Konferenz gefunden.

Litwinow begrüßte den Plan, der im wesentlichen mit den sowjetrussischen Vorschlägen übereinstimme, kritisierte scharf den bisher vollständig erfolglosen Verlauf der Abrüstungskonferenz und verlangte eine baldige grundsätzliche Aussprache über den gesamten amerikanischen Plan.

Der deutsche Vertreter Nadolny sah den Plan — in echt deutschnationalistischer Einstellung — vor allem als „Konzession an die völlig entwaffneten Staaten" an — womit er das einem SA-Lager gleichende Deutschland meint. Außerdem gibt die Telegraphen-Union bekannt, daß „von maßgebender deutscher Seite" gefordert werde, daß über Hoovers Vorschlag hinaus das Rüstungsverhältnis gemäß den deutschen Forderungen nach innerer Sicherheit geändert werden müsse.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte, daß seine Regierung den amerikanischen Plan uneingeschränkt und bedingungslos annähme.

Eine Ausnahme machte nur der französische Kriegsminister, der bisherige Sozialist Paul Boncour. Er lehnt den amerikanischen Vorschlag glatt ab und versteifte sich auf die These, daß eine Herabsetzung der Rüstungen erst nach Lösung des Sicherheitsproblems vorgenommen werden könne. Paul Boncour schloß seine mit großer Befremdung aufgenommene Rede mit dem Hinweis auf die im Kellogg-Pakt fehlenden Sanktionsbestimmungen, die nunmehr geschaffen werden müßten.

Es ist immerhin bezeichnend, daß selbst die amerikanischen Vorschläge, die, wie wir schon betont haben, alles andere sind als eine Friedensgarantie, ausgerechnet auf den Widerstand des Mannes stoßen, der bis vor kurzem maßgebender Außenpolitiker der sozialistischen Partei Frankreichs war und in der 2. Internationale eine große Rolle spielte.

Nach der Debatte über den Hoover-Vorschlag sind die Verhandlungen des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Abrüstungskonferenz bleibt somit weiter in dem Stadium lediglich privater Besprechungen, ohne daß irgendwelche amtlichen Sitzungen stattfinden. Der Präsident Henderson richtete lediglich an die Mächte die Aufforderung, auf der Grundlage des amerikanischen Vorschlages die jetzt laufenden privaten Besprechungen weiter fortzuführen.

Beschränkte Devisenabgabe

TU. Berlin, 23. Juni 1932.

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Einfuhrhäuser für den Monat Juli 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigung nur bis zur Höhe von 50 v. H. in Anspruch nehmen dürfen. Für die diesen Betrag übersteigenden Zahlungsverbindlichkeiten werden die Firmen auf die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten und die Ausnutzung der Kreditlinien des Stillhalteabkommens verwiesen.

So sieht es an den Spitzen aus

Kapitän zur See Canaris, eine der hervorragendsten Figuren der deutschen Gegenrevolution, ist zum Kommandanten des Linienschiffs „Breslau" der Reichsmarine ernannt worden. Canaris führte als Nachfolger des verhafteten Kapitäns von Pflugk-Harttung bekanntlich im Frühjahr 1919 die Marine-EskadrondesGarde-Kavallerie-Schützen-Korps, nahm dann als beisitzender Richter an der kriegsgerichtlichen Verhandlung gegen seine des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beschuldigten Kameraden teil und hat allem Anschein nach, — wenn dies auch von ihm und vom Reichswehrministerium natürlich gleichfalls bestritten wurde — die Flucht des Oberleutnants Vogel, des Mörders Rosa Luxemburgs begünstigt. Danach wurde Canaris persönlicher Adjutant des Reichswehrministers Noske; später stieg er im aktiven Marinedienst von Stufe zu Stufe; im Jahre 1923 richtete er bei der Marinestation der Ostsee in Kiel Zellen der verbotenen Organisation „Consul" (Ehrhardt) ein und in den Jahren danach baute er illegale Marinesachen in Spanien und Südamerika auf. In seiner letzten Dienststellung als Chef des Stabes beim Oberkommando der Seestreitkräfte der Nordsee war sein direkter Vorgesetzter als Oberbefehlshaber der Vizeadmiral Werner Tillessen, der Bruder des Erzbergermörders Heinrich Tillessen.

Königsmacher in der Mandschurei

Die Gerüchte über die Ausrufung des mandschurischen Staates zum Kaiserreich mit dem Prinzen Puji werden aus japanischen Quellen bestätigt. Die Ausrufung soll erst erfolgen nach der Anerkennung der Unabhängigkeit des mandschurischen Staates durch die japanische Regierung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Klaus Zweiling, Berlin, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung" erscheint täglich außer Montag.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Sonnabend, d. 25. Juni
8 Uhr:
Ariadne auf Naxos

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonnabend, d. 25. Juni
8 Uhr
Jeppe vom Berge

Schillertheater
Bismarckstr.
Sonnabend, d. 25. Juni
8 Uhr:
Abschied von der Liebe

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2946
Sonnabend, d. 24. Juni
8¼ Uhr:
Geld ohne Arbeit

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 7 Weichsel 3422
Sonnabend, d. 25. Juni
8.30 Uhr:
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
5.30 Uhr:
Konzert und Variete
8.15 Uhr:
Zigeunerliebe

Beachtet unsere Inserenten

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Seestraße
Skandal in der Parkstraße
mit Senta Söneland
dazu:
Große Fahrt
Sensation aus dem wilden Westen
Sonntags, ½3 Uhr, Jugendvorstellung:
Die große Fahrt

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der tolle Bomberg
und
Mädchen zum Heiraten

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
2 Groß-Tonfilme:
Peter Voß, der Millionendieb
dazu:
Der Boss
(eine ganz tolle Angelegenheit)
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Niemandsland
und
Buffalo Bill
1. und 2. Teil

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der große Sensationsfilm:
Es geht um alles
mit Gambino, Albertini, Eddi Polo, Ernst Verebes, ferner Martha Eggerth in
Eine Nacht im Grandhotel
außerdem: Szöke Szakall in
Ein harmloser Fall

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Das sensationelle Doppelprogramm!!
Der Film für Sie!
Frankenstein
das umstrittendste Film-Werk der Welt-Produktion
Ferner: Hansi Niese in
Ein süßes Geheimnis
mit Else Esther, Harry Hardt, Lia Eibenschütz, Grit Haid, Andre Mattoni, Teddi Bill, Hans Marr.
Ein Film, der zu den Herzen der Menschen spricht!!

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Berlin spricht nur von
Frankenstein
(der Film des Gruselns, Packens, Aufregens)
Der Sprung ins Nichts
Zirkusfilm mit Cilly Feindt
Wochentags ab 5 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr

Dtsch.-Amerikanisches Theater
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 68
Kuhle Wampe
mit Ernst Busch, Hertha Thiele
dazu
Einmal möchte ich keine Sorgen haben
mit Max Hansen
Anfangszeiten Wochentags und Sonntags: 5, 6.10, 7.40, 9 Uhr

Stettin

Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack
Stettin, Grenzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vexhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Verlängert
Marlene Dietrich
in
„Schanghai-Expreß"
der erfolgreiche Tonfilm der Saison. Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM.
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Schlankheit
erzielen Sie über Nacht durch äußerl. Einreib. ohne Hungerkur
Auskunft kostenlos!
Sanitas-Depot
Halle (Saale) 95 L

Werbt für die SAZ

Nichtraucher
Garant. in 3 Tagen!
Auskunft kostenlos!
Sanitas-Depot
Halle (Saale) 95 K

Freie Turnerschaft
Mylau i. V.
Am **Sonntag, dem 26. Juni,** findet unser
Schauturnen
statt. Einem zahlreichen Besuche der Einwohner sowie der Brudervereine sehen entgegen
Die Vorturnerschaft
Der Turnrat
Programmauszug:
Abmarsch von Kiesgrube: 1.30 Uhr. Freiübungen und Tänze der Kinder, Turner und Turnerinnen. Geräteturnen. Festfanfare. Spielleute u. städt. Kapelle. 1500- u. 800-m-Lauf. Massenspiele als Abschluß.
Ab 19 Uhr. **TANZ** in der Turnhalle.

Wer Gutscheine kauft, stärkt den Pressefonds!

Gaststätten der Arbeiter u. Arbeitersportler

Wilkau
Restaurant „Zur Haltestelle"
für alle Ausflügler und Sportler
beste Einkehrstätte
Mönchhof Kulmbacher und Wernesgrüner Grenzquell-Biere
Warme und kalte Speisen
Zeitgemäße Preise.
Ruf: Amt Zwickau 7669
Rudolf Ebert u. Frau

Zwickau
Konditorei und Café Buschbeck
Bes.: Max Wächtler
Ruf 4954 • Ruf 4954
Beliebtestes Caféhaus Zwickau
Erstklassiges Bestellgeschäft

Oberhohndorf
Kulmbacher Bierstuben
Das Verkehrslokal der Arbeitersportler
Inh.: Arno Rösch. Ruf 7142

Tannenbergsthal i. V.
Gasthof „Zur Tanne"
Inhaber: Walter Röder
Schöne Lage im Pyratal
Gesellschaftssaal
Musikal. Unterhaltung
Gute u. preiswerte Küche

Gottesberg i. V.
Gasthof Pyratal
Besitzer Möckel
Schön gelegen, herrliche Waldumgebung, Gesellschaftssaal, musikalische Unterhaltung, gute, preiswerte Küche, stets frische Milch

Klingenthal i. Vogtl.
Schusters Restaurant
5 Min. vom Bahnhof
Pächter Otto Meinel
Schön gelegen. Herrliche Waldumgebung. Gesunde Zimmer, musikalische Unterhaltung, gutgepflegte Biere, preisw. Küche

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75; Stiefel 3,75; neue Schlafdecken 0,95, 1,65; Monteurjacken und Hosen 1,10; Militärunterhosen und Hemden 0,75; Laufschuhe 0,90; neue Arbeitshosen, englisch Leder 3,80; neue Schnürschuhe, Militärart, Volleder (kein Spaltleder) 3,95; neue Militärtuchschuhe Lederschle 1,30; Militär-Drelljacken 1,10; Hosen 1,10; Ia Windjacken 4,85; moderne Kletterwesten 4,90; Pantoffeln, starke Lederschle 1,55; moderne Pullover 1,75; Trainingsanzüge 4,90 Mark. Ia Polohemden, lange Aermel, 1,95 M. Alles zum Aussuchen. Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M. Neue Hosen, gebrauchte Hosen 2,50 M. Ia Manchesterhosen 5,75. Ia Köperbarchent-Arbeitshemden 1,95. Ia Sporthemden, fester Kragen 2,25. Neue Herrensocken 0,30. Zeltbahnen, Zelte, Wanderartikel, Rucksäcke, neue Lederjacken, Schlosserhemden, Packerblusen, Arbeitskittel, Breccheshosen 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf. Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3, Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Wo Einheitsfront — da Demonstrationen wie nie zuvor!

Erste Durchbruchserfolge des Arbeiterblocks — Immer noch Sabotage von oben — Vorwärts auf dem einzigen Rettungsweg!

„Wie ein Lauffeuer geht die Nachricht von Mund zu Mund in Peine" —

Peine, 23. Juni 1932. Nach langen und schwierigen Verhandlungen und unterstützt durch den Druck der Arbeiter aller drei proletarischen Parteien hatten sich in Peine die Anfänge einer Einheitsfront gebildet, die ihren Ausdruck in einer gemeinsamen machtvollen Demonstration gegen Faschismus und Kapitaldiktatur finden sollte. Als nach der Aufhebung des SA-Verbots die Nazis durch Peine, die Residenz des Lügen-Kerrl, zogen und Arbeiterfunktionäre belästigten und provozierten, war im Augenblick die proletarische Einheitsfront eine Tatsache, der sich niemand widersetzen konnte. Unsere vom Genossen Brennig vorgeschlagene Formel: „Die Parteien verpflichten sich, in dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf zu ihren abweichenden politischen Auffassungen nur in sachlicher, der proletarischen Würde entsprechenden Form, Stellung zu nehmen und ihren Angriff konzentrisch gegen den Todfeind der Arbeiterklasse, den Faschismus und Kapitaldiktaturknechten", wurde einstimmig von allen anwesenden sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Funktionären und Mitgliedern angenommen! Die Einigung auf dieser Grundlage war für Peine eine Sensation.

Wie ein Lauffeuer ging diese Nachricht von Mund zu Mund. In wenigen Stunden waren die Straßen vollgestopft von Menschen, die dieses Ereignis als das bedeutendste Kapitel der Geschichte in der Peiner Arbeiterbewegung verzeichneten. Eine Demonstration wurde für Mittwoch, den 22. Juni, festgesetzt. Aber da wurde bekannt, daß der Hildesheimer Regierungspräsident die Demonstration verboten und Anweisung gegeben hatte, sie unter allen Umständen zu verhindern. Wie die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, demonstrierte die Peiner Polizei und ihre Verstärkung aus Hannover. Mit dem Karabiner säuberte sie die Straße. Vor einer Woche hatte man die Nazis ungestört demonstrieren lassen. SJV und KJVD marschierten trotzdem unter dem Gesang revolutionärer Lieder auf. Die Stimmung war ungeheuer erregt.

In diesem Augenblick wurde ein Schreiben des Leiters der Peiner Kommunisten an den Vorstand der SPD und der SAP bekannt, in dem er erklärte, daß die Leitung der KPD nicht zu den Abmachungen stehe, die am Tage zuvor von allen, auch den kommunistischen Funktionären, einstimmig angenommen wurde. Dieser Schritt des KPD-Leiters Kratz, hinter dem ohne Zweifel die hannoversche Bezirksleitung steht, wird von allen Arbeitern Peines mit Recht als ein Dolchstoß in den Rücken aufgefaßt. Sozialdemokratische Funktionäre, gestern noch bereit zur Einheitsfront, erklären, daß sie nie und nimmer mit den Kommunisten gehen werden. Selbst kommunistische Funktionäre sind in aller Oeffentlichkeit von dem Vorgehen ihres „Führers" abgerückt. Es hält jetzt ungeheuer schwer, die zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen. Die SAP hat aber sofort die Aufnahme neuer Besprechungen aller Arbeiterfunktionäre und die Bildung eines aus allen drei Parteien bestehenden Aktionsausschusses gefordert. Die Einheit wird zustande kommen — trotz alledem.

W. Pötters.

Die erste öffentliche Einheits-Kundgebung in Greifswald

Der Kampfausschuß der antifaschistischen Einheitsfront hatte die Werktätigen Greifswalds zu einer öffentlichen Kundgebung zu Freitag den 17. Juni im Gewerkschaftshause aufgerufen. In großer Zahl waren die Arbeiter dem Rufe gefolgt, bis auf den letzten Platz war der große Saal des Gewerkschaftshauses gefüllt.

Als erster Redner sprach der Genosse Krause-Stettin von der KPD, der die erzreaktionäre Regierung, die Auswirkung der Notverordnung, den Terror faschistischer Banden und die drohende Gefahr des nackten Faschismus den Arbeitern vor Augen führte, und praktische Vorschläge zur Bildung der Einheitsfront machte. Sodann sprach für die SAP der Genosse Fritz Levi. Oft von Beifallsbezeugungen der Versammlung unterbrochen, rief er, nachdem er das Zustandekommen der neuen Regierung behandelt hatte, die Arbeiterschaft auf zum Kampf, bevor der Faschismus zur Macht gelangt ist. Untergang des Proletariats in die Barberei auf Jahrzehnte, — wenn sich die Arbeiterschaft nicht in letzter Minute ihrer Kraft bewußt wird und sich zum gemeinsamen Kampf zusammenfindet, — das wurde dem letzten Arbeiter bewußt. Arbeiter verschiedener Organisationen sprachen in der Diskussion, sie begrüßten das Zustandekommen einer Einheitsfront, sprachen über Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten die uns trennend und hemmend im Wege stehen und die zu beseitigen unsere größte Pflicht ist.

Obwohl die SPD offiziell nicht vertreten war und dem Kampfausschuß nicht angehört (sie hatte zu diesem Abend ein Schreiben an den Kampfausschuß gerichtet, aus welchem hervorging, daß sie von der Parteileitung noch keine Anweisung habe, sich der Einheitsfront anzuschließen und nicht eigenmächtig vorgehen könne — jedoch überzeugt sei, daß die Not der Zeit die Parteileitungen den gemeinsamen Weg finden lassen würde), — waren eine Anzahl sozialdemokratischer Parteimitglieder anwesend, die durch ihre Unterschrift in den umgehenden Listen ihre Zustimmung gaben.

Demonstration aller Arbeiterparteien in Mittweida

Alt-Mittweida, 23. Juni 1932. Mit großer Genugtuung ist zu berichten, daß die Alt-Mittweidaer Arbeiter zu den ersten gehören, die erkannt haben, daß nur der Kampfblock aller Arbeiterparteien imstande ist, dem Faschismus ein Paroll zu bieten. Ein Antrag der SAP, in einer öffentlichen Kundgebung für eine gemeinsame Demonstration fand die Zustimmung aller Arbeiterorganisationen. Drei Tage später sah unser Ort eine Demonstration wie nie zuvor. Nahezu 400 Arbeiter und Arbeiterfrauen marschierten. An der Spitze der Spielmannszug der SAJ im Zuge die Kapelle der KPD-Ortsgruppe Mittweida. Auf dem Sportplatz am Ritterhof sprach Genosse Baldauf (SAP) für die gemeinsame Arbeiterfront. Mit dem begeisterten Gesang der Internationale schloß die Kundgebung, ein Kampfgelöbnis für die Arbeiterschaft, für die erstaunten Faschisten eine Warnung.

KPD-Bürokratie sabotiert in Falkenstein und Forst

In einer von der KPD einberufenen Einheitsfrontversammlung, an der auch die SAP, SPD und die Gewerkschaftsanhänger anwesend waren, tischte der KPD-Genosse Becher nach manchen richtigen einleitenden Worten die alte Walze vom Sozialfaschismus wieder auf. Unser Genosse Merz vertrat den Standpunkt, daß die Zeit vorüber sein müsse, wo die großen Arbeiterorganisationen nichts Besseres zu tun wissen, als aufeinander herumzutrampeln und sich gegenseitig als Verräter und Schädlinge der Arbeiterbewegung zur Freude des Faschismus zu bezeichnen. Es trug ihm heftige Angriffe des kommunistischen Referenten im Schlußwort ein. Auf die Aufforderung, einen Einheitsausschuß zu bilden, erklärten die SAP-Genossen, daß sie trotz aller Angriffe sich nicht beirren lassen würden, in den Einheitsausschuß einzutreten, daß für das Zusammengehen aller Arbeiterorganisationen wirken wollen.

In Forst in der Lausitz hat auf Initiative des Erwerbslosenausschusses, in dem die SAP-Genossen für die Schaffung des Arbeiterblocks und die Arbeit in den Massenorganisationen eintraten, eine öffentliche Kundgebung „Wie schaffen wir die proletarische Einheitsfront" stattgefunden. 300 Arbeiter waren anwesend. Ein kommunistischer Redner trat auf mit den Worten: „Mich hat die kommunistische Zentrale Berlin hergeschickt." Nach einer sachlichen Einleitung ging er dann so richtig auf die fanatische Parteiwalze über, beschimpfte auch die Sozialistische Arbeiter-Partei, forderte auf, den Ueberläufern wie Düby zu folgen. Der Vorsitzende der SAP, Gen. Lutzi sprach in aller Ruhe und überzeugend für unseren Standpunkt. Es sei verständlich, daß eine überstürzte Kundgebung noch nicht zum Erfolg führen kann. Solange die KPD sich nicht umzustellen wisse, würden wir trotzdem unsere Bemühungen um die Bemühungen des Arbeiterblocks nach allen Seiten auch ohne sie fortsetzen. Viele Arbeiter haben erkannt, daß unsere Vorschläge die richtigen sind, aber sie finden vorläufig noch nicht aus den Fesseln ihrer Parolen und Befehle heraus. Wir lassen uns von unserem Ziel nicht ablenken und kämpfen weiter für Freiheit und Brot, für die revolutionäre Einigung der Arbeiterklasse.

Gegen den „Freiwilligen" Arbeitsdienst

Einheitsfront der proletarischen Jugend in Stuttgart

Unsere Bemühungen um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront führte zum ersten Erfolg, einer gemeinsamen Mitgliederversammlung von KPV, Metallarbeiterjugend und des SJV.

Im freigewerkschaftlich organisierten Jugendkartell ist ebenfalls ein Erfolg zu verzeichnen. Eine Funktionärversammlung, in der der Vorsitzende des ADGB-Stuttgart, Kollege Enders, den freiwilligen Arbeitsdienst schmackhaft machen wollte, wurde nach Diskussionsreden der Genossen Schmidt (SAP), Stetter und Albrecht (KPO), ein Antrag des Kollegen Bosch (SAP) mit den Stimmen von 65 gegen 3 Delegierte angenommen: „Die Funktionäre des freigewerkschaftlichen Jugendkartells lehnen den freiwilligen Arbeitsdienst ab. Sie fordern von den Gewerkschaften den schärfsten Kampf gegen die in den letzten Jahren vor allen Dingen den Jugendlichen diktierten Verschlechterungen, die große Teile der Jugend in die Arbeitslager treiben. Der drohende Arbeitsdienst kann nur wirksam durch den gemeinsamen Kampf aller proletarischen Jugendorganisationen bekämpft werden.

Wir werden alles daran setzen, daß es nicht bei diesem Beschluß allein bleibt, sondern in kürzester Frist die Einheitsfront in Stuttgart besteht.

Papen und Herriot konferieren

Lausanne, 24. Juni 1932.

Amtlich wird gemeldet:

Die erste gemeinsame Sitzung der deutschen und französischen Kabinettsminister wurde kurz vor 13 Uhr abgeschlossen. Der Reichskanzler und der französische Ministerpräsident verließen als erste den Sitzungssaal und wurden von allen Seiten von den Pressevertretern bestürmt, weigerten sich jedoch, irgendwelche Mitteilungen zu machen. Ueber die Sitzung wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

„Die deutsche und die französische Abordnung sind heute vormittag zu einer ersten Arbeitssitzung zusammengetreten, in der der deutsche Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk einen eingehenden Bericht über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands erstattete."

Die heutige Vormittagssitzung ist ausschließlich mit dem großen Bericht des Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krosigk über die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands angefüllt gewesen. Keiner von den übrigen deutschen oder französischen Ministern hat das Wort ergriffen, da der Bericht des Grafen Schwerin die gesamte Vormittagssitzung ausfüllte.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdruckes, der Uebersetzung und Radioübertragung vorbehalten.

36. Fortsetzung.

Er will Lissi noch einmal sehen. Sie kommt vom Geschäft. In fünf Minuten wird sie zu Hause sein. Da ist die Mutter und da ist Ida und abends kommt der Vater. Lissi ist an ihm vorbeigegangen und hat gelacht. Sie denkt nicht mehr an Hans. Ich bin vergessen worden . . . ich bin vergessen worden . . . will denn niemand mehr etwas von mir wissen? . . Lissi, ich bin doch dein Bruder . . . Fragt denn die Mutter nicht mehr nach mir? . . . Ich will doch wieder nach Hause . . .

Hans läuft hinter Lissi her . . . Sie muß da vorn irgendwo sein. Drei Mädchen waren es. Schneller, Hans. Herunter vom Bürgersteig, am Rinnstein entlang, so geht es besser. Ein Auto tutet. Ein Radfahrer überholt ihn, klingelnd und schimpfend. Hans rennt und ist außer Atem. Wo ist denn Lissi. Sie muß doch hier entlang gegangen sein.

Noch eine Straße weiter. Lissi ist weg. Vielleicht geht sie heute einen anderen Weg. Warum hat sie mich nicht gesehen? Sie ist an mir vorbeigegangen und sie hat gelacht. Es hat keinen Zweck mehr . . . Hans kann heute nicht durch die Große Frankfurter gehen. Morgen vielleicht. Erst muß ich frei sein. Hans steht noch eine ganze Weile. Menschen stoßen ihn wieder. Er steht überall im Weg. Hans marschiert zurück. Er klappt die lange Straße hinauf. Hinter ihm liegt die andere Straße, in die er heute und morgen nicht darf. Ich komme wieder . . .

Es regnet und rasch fällt der Abend über die Straßen her. Der Asphalt ist blank. Lichter blitzen auf und verlöschen. Die Menschen haben es heute eilig.

Unten im Laden stehen Modellpuppen in wunderlichen Verrenkungen und kostbaren Kleidern. Preise gewaltig herabgesetzt. Seide . . . Brokat . . . Für die Gesellschaft. Für die elegante Dame.

Im zweiten Hof hört man die gellende Stimme von Frau Muske. Es ist heute Freitag. Ihr Mann hat seinen Lohn wieder versoffen. Was soll er auch machen? Heute hat er den Lohnabzug von sechs Prozent gehabt. Das Geld reicht so und so nicht zum Leben. Also gehen wir man einen heben. Noch einen und so weiter, dann ist das Geld alle. „Die olle Sau soll mir nur anmeckern . . ." rülpst er in der Stadtbahn vor sich hin. Die Mitfahrenden rücken entsetzt von ihm weg, als Herr Muske sie so anstiert. An den Lohnabzug denkt er nicht mehr. „Det muß ja woll so sinn . . . det is alles ejal . . . aber laß sie man meckern, die . . ."

Frau Muske ist meist ganz stille, wenn der Mann tobt. Zwanzig Jahre ist sie verheiratet und je schlechter es ihnen ging, desto mehr hat sich der Mann das Saufen angewöhnt. Erst ging es gut, aber dann kam das Elend, die verkürzte Arbeit und dann die Arbeitslosigkeit und dann kam das Saufen . . . Zwanzig Jahre lebt sie in dieser Stadt und seit drei Jahren säuft der Mann. Sie beißt die Zähne zusammen und wimmert . . . Die Kinder schickt sie vorher zur Nachbarin. Aber manchmal kommt der Mann vorher, dann fliegen die Kinder in die Ecke. Frau Muske hat zwei Narben am Kopf, einmal war sie bewußtlos und dann fanden sie die Nachbarn vor der Tür . . .

Herr Schulze hört den Lärm oft. Er ist klassenbewußter Arbeiter. Der Kollege tut ihm leid. Im zukünftigen Staat wird auch der Alkoholismus geheilt werden. Aber die Frau, das ist ein Elend. Er wird nächstens hinübergehen und den Kerl die Treppe hinunterwerfen. Der schlägt die Frau halbtot, zwingt sie dann unter sich, und die Kinder stehen in einer Ecke und sehen zu. Man sollte der Fürsorge Anzeige machen. Der Fürsorge . . ., dabei denkt er wieder an Hans. Immer denkt er an Hans, auch wenn er nicht will . . .

Herr Schulze muß heute seine Abrechnung für die Gewerkschaft fertig machen. Er hat seine Liste immer am pünktlichsten fertig. Das fluscht bei ihm nur so. Heute abend aber hört er das Wimmern von Frau Muske und jetzt schreit sie wie ein Tier . . .

„Verdammter Hund!" springt Herr Schulze auf und holt ein und das andere Mal tief Atem. Aber er setzt sich wieder hin und rechnet weiter . . . fünfundsiebzig . . . achtzig . . . zweiundachtzig . . . dreiundachtzig . . . ach so, dreiundachtzig Mark hat Hans damals unterschlagen. Er hat sich umhergetrieben, hat gestempelt, hat gearbeitet und wieder unterschlagen. Hamburg und die Fürsorge . . . das ist der Sohn eines organisierten Genossen . . .

„Was macht dein Hans eigentlich?" hat ihn neulich ein Genosse beim Zahlabend gefragt. Herrn Schulze war heiß geworden bei dieser unerwarteten Frage. Der Verbrecher . . . wollte er losschnauben, aber dann sagte er nur leise und abweisend: „In Fürsorge." Der andere hatte ihn nur so von der Seite angesehen, bestürzt und fragend: na nu . . . na nu . . ., aber det is doch nich möglich! . . .

Genosse Schulze, dein Sohn ist in der Fürsorge, dein Sohn hat unterschlagen, sich herumgetrieben. Wo warst du denn, Genosse Schulze . . .?

Warum steht dein Sohn nicht in unseren Reihen?

Dem Genossen Schulze geht das beim Rechnen immer durch den Kopf.

Ich muß arbeiten. Morgens um . . . gehe ich aus dem Hause. Abends um . . . komme ich zurück. Eine halbe Stunde zum Essen. Zeitung.. Schlafen . . . Dan gehe ich zur Partei oder zur Gewerkschaft. Meine Frau ist in der Danatbank. Sie ist nicht mehr richtig auf dem Posten. Sie hustet. Aber sie schafft noch . . . Wir wollen doch leben. In zwei Jahren wollen wir uns eine Laube in Reinickendorf bauen und hier rausziehen. Dann hätte ich für den Jungen vielleicht etwas mehr Zeit gehabt . . .

Morgens muß ich früh aus dem Hause, abends komme ich erst spät. Ich muß doch arbeiten. Wir müssen alle arbeiten. Jetzt sind die Löhne wieder gekürzt. Wir haben keine Zeit für uns. Wir müssen arbeiten. Und dann ist die Partei und die Gewerkschaft. Wenn die nicht wären . . .

Herr Schulze überlegt lange, und er kommt immer wieder auf sein Parteiprogramm: „Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktionskräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird . . ."

Diesen Satz kennt er auswendig und hat ihn als Diskussionsredner mehr als einmal hergesagt. In diesem Satz liegt sein Glauben und seine feste Hoffnung. Sein Gebet . . .

Einmal werden die Arbeiter zu Menschen und dann werden sie frei zur Erziehung. Unsere Söhne sollen unsere Mitstreiter sein für den Sozialismus.

Mein Sohn liegt auf der Landstraße und ist in der Fürsorge. Ich habe es mir leicht gemacht, überlegt er und schiebt die Abrechnung auf die Seite. Ich wollte ihn ja totschlagen und habe ihn einen Verbrecher genannt. Dabei ist die Sache doch ernster. Was hat er denn verbrochen? Was hat denn die kapitalistische Gesellschaft an ihm verbrochen? Herr Schulze hat jetzt ein schlechtes Gewissen. Wie ein Sozialist habe ich nicht gehandelt. Er weiß nicht einmal, wo sein Sohn ist . . . .

Teilerfolg der graphischen Hilfsarbeiter

Die zweitägigen Verhandlungen im Konflikt graphischen Gewerbes in Frankfurt a/M. arten unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. mmich zu einem Schiedsspruch, der von den Parteien sofort endgültig angenommen wurde. Da die Kündigungen von den Seiten sofort zurückgenommen wurden, der augenblickliche Konflikt damit erledigt.

Der Schiedsspruch sieht vor: Der Reichsanteltarif tritt mit einer Reihe von Aenderungen rückwirkend ab 1. Mai wieder in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 30. April 33. Die Aenderungen, d. h. die Verschlechterungen sollen sinngemäß dieben sein wie beim Buchdruckertarif, also vor **em Kürzung der Urlaubsentschädigung um Prozent.**

Es bleibt — entgegen den Dezentralisaonsbestrebungen der Unternehmer — beim Reichs-Lohntarif. Und zwar wird der sherige Lohntarif unverändert zunächst bis September wieder in Kraft gesetzt. Die hlichterkammer soll bis dahin eine „Nachüfung" der Lohnparagraphen 4 und 5 vorhmen und eventuelle Vorschläge machen.

Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

*

Dieses Ergebnis ist besonders in der Lohnage zweifellos ein Erfolg der graphischen ilfsarbeiter. Die Unternehmer wollten beanntlich einen gewaltigen Lohnabbau erringen, wodurch der Konflikt erst die große chärfe bekam. Wenn die Unternehmer nun erade hier zurückweichen und, zunächst allerngs nur auf drei Monate, auf jeden Lohnbau verzichten mußten, so ist das ausschließlich eine Folge des entschlossenen Vorgehens der Hilfsarbeiter, die mit Einreichung ihrer Kündigungen keinen Zweifel ließen, daß sie zum Mittel des offenen Kampfes, zum Streik greifen.

Vor den wirtschaftlichen und vor allem politischen Konsequenzen eines Streiks im ganzen graphischen Gewerbe haben die Buchdruckereibesitzer wie die Regierungsstellen kapituliert. Das ist eine äußerst wichtige Lehre für die ganze Gewerkschaftsbewegung. **Sie zeigt, daß wenn die beiden graphischen Gewerkschaften von Anfang an, d. h. schon im April, mit dem Willen zum rücksichtslosen Streik in die Bewegung eingetreten wären, jede Verschlechterung auch im Manteltarif leicht hätte abgewehrt werden können.** Das was die Opposition und auch wir immer gefordert haben, ist durch die jetzigen Tatsachen vollauf als richtig bestätigt worden.

Wir sind daher auch weit entfernt, die Auffassung des „Vorwärts" zu teilen, daß es sich um einen „vollen Erfolg" handelt. Dagegen spricht die Tatsache der Verschlechterung der Ferienbestimmungen und auch das halbe Zugeständnis, daß ab 6. September eine Lohnverschlechterung eintreten kann. Das Gesamtergebnis ist, wie schon erwähnt, ein schöner Teilerfolg. Die graphischen Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen, daß mit der Politik des Zauderns, des Nachgebens und Ausweichens vor dem Kampf in ihren Verbänden endgültig Schluß gemacht und durch Anwendung des rücksichtslosen Klassenkampfes für die Zukunft und besonders für den 6. September die Voraussetzung zu wirklich vollen Erfolgen geschaffen wird.

Gewissenlose Ehrabschneider

Am 21. Juni 1932 hat Gen. Walcher den verantwortlichen Redakteur der „Arbeiterpolitik" ersucht, die in Nr. 45 dieses Blattes in dem Artikel „Walcher auf dem Wege zu Leipart" enthaltenen Lügen, wie folgt zu berichtigen:

1. Die Behauptung, daß der in Nr. 22 der „Metallarbeiter-Zeitung" enthaltene „J. W." gezeichnete Aufsatz „Wie die RGO sich selbst sieht" von mir verfaßt sei, ist unwahr.

Wahr dagegen ist, daß ich überhaupt noch niemals auch nur eine Zeile für die „Metallarbeiter-Zeitung" geschrieben habe.

2. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß ich verpflichtet gewesen wäre, meine eventuelle Nicht-Beteiligung an dem Aufsatz in der „MZ" öffentlich festzustellen.

Wahr dagegen ist, daß die „Metallarbeiterzeitung" schon früher Aufsätze gebracht hat, die mit den Initialen „J. W." gezeichnet sind und daß für mich heute so wenig wie früher die geringste Veranlassung vorlag, mich zu diesem Tatbestand zu äußern.

3. Die weiteren Behauptungen in dem Artikel der „Arbeiterpolitik", ich hätte für Zeilenhonorar und um beim ADGB und DMV ein Betätigungsfeld zu finden, die kommunistischen Grundsätze preisgegeben, sowie bekannte Tatsachen auf den Kopf gestellt, sind demnach freie Erfindungen.

gez. J. Walcher.

Im Vertrauen darauf, daß Genosse Walcher es verschmähen wird, die Hilfe des Klassenrichters in Anspruch zu nehmen, hat die Redaktion der „Arbeiterpolitik" den traurigen Mut, die sachlichen Feststellungen des Genossen Walcher zu unterschlagen und neue Lügen zu verbreiten. Wir sind vom Genossen Walcher zu der Erklärung ermächtigt, daß alles, was von den schmutzigen Hintermännern der „Arpo" über seine jetzige oder frühere Mitarbeit an der Metallarbeiter-Zeitung behauptet wird, erstunken und erlogen ist. Genosse W. behält sich zum Schutz gegen notorische Verleumder evtl. weitere Schritte vor.

Schiffahrt-Schiedsspruch angenommen

TU. Köln, 23. Juni 1932.

Den in der Rheinschiffahrt durch **den Sonderschlichter gefällten Schiedsspruch über den Rahmentarifvertrag haben beide** Parteien angenommen. Gleichzeitig wurde der Schiedsspruch für die Kapitäne, Schiffsführer und erste Maschinisten, der die bisherigen Gehaltssätze um durchschnittlich 21 Prozent ermäßigt, von den Gewerkschaften und maßgebenden Firmen des Ober- und Niederrheins angenommen. Der Schiedsspruch für das Deckpersonal, der den Lohn des Matrosen vom 1. 7. ab auf 32 Mark und ab 1. 10. auf 30 Mark ermäßigt, ist von den Unternehmern abgelehnt worden. Die Gewerkschaften haben ihn angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister beantragt.

Nichts kennzeichnet die Situation und die katastrophale Politik der Gewerkschaften besser als die hier gemeldeten Tatsachen. Jetzt sind wir glücklich soweit, daß die Gewerkschaftsführung nicht nur Schiedssprüchen mit riesigem Lohnabbau freiwillig zustimmen, sondern auch noch deren Verbindlichkeitserklärung beantragen, weil die Unternehmer, denen der Abbau noch nicht weit genug geht, den Schiedsspruch ablehnen. Gewiß werden und können die Gewerkschaften auf das Daniederliegen der Schiffahrt und der dadurch verursachten Unmöglichkeit eines rein gewerkschaftlichen Streiks hinweisen. Aber müßten nicht hier endlich die Gewerkschaftsführungen erkennen, daß sie ihre Taktik ändern, zu anderen Methoden des Kampfes, zu politischen Massenaktionen mit Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel greifen müssen? Denn mehr denn je gilt heute der Satz vom „politischen Lohn".

Amerika senkt Diskont

TU. New York, 23. Juni 1932.

Die Federal Reserve Bank setzte den Diskont auf zweieinhalb v. H. herab.

Luther in Lausanne

Reichsbankpräsident Luther, der heute nachmittag in Lausanne erwartet wird, hat sich auf eigenen Wunsch nach Lausanne begeben, um sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten und notfalls bei der Behandlung der Devisen- und Währungsfragen zur Verfügung zu stehen.

Zarnow-Pamphlet frei

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski ließ die beiden nationalsozialistischen Pamphlete gegen die preußische Justiz, nämlich: Zarnow's „Gefesselte Justiz" und „Der Fall Hörsing-Haas" von Landgerichtsdirektor a. D. R. Hoffmann, Magdeburg, acht Tage nach Erscheinen beschlagnahmen. Jetzt hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die von Grzesinski erlassene Beschlagnahme auf Antrag des Verlags J. F. Lehmann, München, aufgehoben.

Heil uns — wir brauchen nicht mehr tolerieren!

„Der Kommunalbeamte", das Organ der em Gesamtverband angeschlossenen Komunalbeamten, erläßt in seiner Nummer vom 1. Juni in einem Artikel „Reichstagsuflösung und Gewerkschaften" folgenden toßseufzer:

„Die deutschen Gewerkschaften haben ahrlich keinen Anlaß, dieser Brüning-Reierung eine Träne nachzuweinen; denn selbst ine ganz rechts gerichtete Reierung könnte kaum schlimmer egen die Arbeiter regiert haben ls diese Regierung mit ihren diversen Notverordnungen. Schließlich war es auch weder ür die Sozialdemokratie noch für die deutchen Gewerkschaften länger zu verantorten, daß die politische Demagogie von echts und links Jahre hindurch herumziehen onnte und für die „Sünden des Systems" die rbeiterbewegung verantwortlich machen ollte. Wir haben also klare Bahn . . .

Wir möchten offen aussprechen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie inofern aufatmen (!), als sie nun unter ar keinen Umständen mehr verantwortlich emacht werden können für die furchtbare Bedrückung durch Notverordnungen, Zölle und Steuern aller Art, von denen nur die „Neger"-Steuer (Bürgersteuer) in Erinnerung gebracht ein mag. Wenn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nicht schon vorher den Kampf aufrollten, so immer in der Sorge, daß die Nationalsozialisten einmal in der Regierung sehr viel Porzellan zertrümmern würden, während jetzt immerhin die Verfassung gewahrt bliebe. Aber alle Tolerierung muß einmal ein Ende nehmen, und das Ende ist jetzt gekommen."

Ob dem sozialdemokratischen Verfasser des Artikels bewußt ist, daß seine Zeilen die denkbar schärfste Verurteilung der ganzen SPD- und ADGB-Politik der letzten Jahre darstellen. Er attestiert den SPD- und ADGB-Prüfern, daß sie die denkbar arbeiterfeindlichste Regierung toleriert und aktiv unterstützt und so — wie wir immer erklärten — dem Faschismus das notwendige Agitationsmaterial geliefert, ihm den Weg bereitet haben. Der „Kommunalbeamte" irrt aber, wen er nun die ADGB- und SPD-Prüfung als nichtverantwortlich in den jetzigen Notverordnungen hinzustellen versucht. Sie sind auch jetzt voll verantwortlich, weil sie mit ihrer Politik die Aktionsfähigkeit des Proletariats gestört und damit die Bedingungen für die Papendiktatur geschaffen haben. Nur völliger Kurswechsel kann eine Aenderung herbeiführen.

200 000 Franken für Arbeitslosenkinder

Der französische Gewerkschaftsbund (CGT) hat aus einer Sammlung für notleidende Kinder von Arbeitslosen dem ADGB für deutsche Arbeitslosenkinder 150 000 Franken (25 000 M.) und zum gleichen Zweck den österreichischen Gewerkschaften 50 000 Franken überwiesen.

NAG-Betriebsversammlung

Der Betriebsrat der Nationalen-Automobil-Gesellschaft (NAG), Berlin-Oberschöneweide, hatte am 22. Juni eine Betriebsversammlung einberufen, die sehr gut besucht war. Der Betriebsrat erstattete einen Situationsbericht. Daraus war zu entnehmen, daß die Arbeiterentlassungen weitergehen. Es sind wohl einige Aufträge vorhanden, doch sind die Vorarbeiten hierfür noch nicht so weit. Z. Zt. werden 432 Arbeiter und 84 Angestellte beschäftigt. Personen- und Lastwagenabteilung arbeiten nur noch auf Einzelbestellungen. Der Auftrag für die BVG geht dem Ende entgegen. Ein sehr trostloser Ausblick. Der größte Teil der Fabrikräume ist an Telefunken vermietet worden. Das Werk in Chemnitz hat jetzt 150 Arbeiter und 37 Angestellte. Durch die gehobene Fahrradproduktion ist noch zu tun.

In dem Bericht wurde sodann zu der wirtschaftlichen und politischen Lage Stellung genommen. Die Gefahr des Faschismus, die Taten der Papen-Regierung, Abbau der Sozialpolitik, die Liebesgaben an Junker und Industrielle wurden in treffenden Worten gezeichnet. Mit einer begeisterten Aufforderung zur Bildung der wirklichen proletarischen Einheitsfront schloß der Berichterstatter. In der Diskussion wurden alle Ausführungen des Referenten scharf unterstrichen. Einstimmig, bei einer Stimmenthaltung, wurde die an anderer Stelle des Blattes abgedruckte Resolution angenommen, die sich in schärfster Form gegen die faschistische Papen-Diktatur ausspricht und die Herstellung der wirklichen Einheitsfront des Proletariats verlangt, wobei die Betriebsversammlung dem Beschluß der Belegschaft des AEG-Kabelwerkes beitrat und gleichfalls von allen Arbeiterparteien eine gemeinsame Reichsliste fordert.

Weltausfuhrhandel gegenüber 1929 halbiert

Nur noch 15 gegen 31 Milliarden Dollar

Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes hat unter dem Vorsitz des österreichischen Sektionschefs Schüller nach eingehenden Verhandlungen einen Bericht angenommen, der als eine Vorbereitung für die kommende Weltkrisenkonferenz anzusehen ist.

Der Bericht stellt dann fest, daß der Weltausfuhrhandel von 31 Milliarden Dollar im Jahre 1929 auf 18 Milliarden Dollar im Jahre 1931 zurückgegangen sei und nach den letzten Berechnungen im Jahre 1932 nur 15 Milliarden Dollar betragen werde.

Die Verschärfung der Arbeitslosigkeit erkläre sich einwandfrei aus diesen Zahlen. Der Bericht gibt sodann bemerkenswerte Ziffern über den Rückgang der Ausfuhren der einzelnen Länder in den ersten Monaten dieses Jahres gegenüber den ersten Monaten des Jahres 1929 an.

Danach ist die Ausfuhr Deutschlands um 49 v. H., Spaniens um 70 v. H., Oesterreichs um 54 v. H., Englands um 45 v. H., der Vereinigten Staaten um 63 v. H., Ungarns um 70 v. H., Italiens um 46 v. H. und Frankreichs um 51 v. H. zurückgegangen. Die Verringerung der Einfuhr Deutschlands wird mit 66 v. H. angegeben.

Neue Handelsverträge, so heißt es in dem Bericht weiter, würden überhaupt nicht mehr abgeschlossen, man begnüge sich damit, sogenannte modus vivendi abzuschließen. Diese liefen aber auf Einschräkung des Handels hinaus. Die gegenwärtige katastrophale Wirtschaftslage sei hauptsächlich auf die ernsten Ereignisse des Juni v. J. zurückzuführen. Die vom Finanzausschuß in Paris eingeleiteten Versuche, die Währungsfrage in Angriff zu nehmen, werden in dem Bericht besonders begrüßt. Die Beseitigung der Meistbegünstigungsklausel würde unübersehbare Schwierigkeiten auslösen.

Zum Schluß stellt der Bericht fest, daß nur durch gemeinsame Verständigung aller Staaten ein Umschwung und die Gesundung in der internationalen Wirtschaftslage herbeigeführt werden könne. Wenn auch auf dem Gebiete der internationalen Schuldenpolitik die Einstellung der Zahlungen noch nicht zu der so dringenden, im allgemeinen Interesse geforderten endgültigen Regelung geführt habe, so sei dennoch auf dem Gebiete der privaten Schuldenregelung eine Reihe vernünftiger Abkommen zwischen Gläubigern und Schuldnern abgeschlossen worden. Als Zeichen der unerläßlich gewordenen internationalen Zusammenarbeit bezeichnet der Bericht die Verhandlungen der Pariser Sachverständigen, die kommende Lausanner Reparationskonferenz und die Initiative der englischen Regierung zur Einberufung einer Weltkrisenkonferenz. Eine freimütige und mutige Politik der internationalen Zusammenarbeit sei heute das Gebot der Stunde.

Der Bericht ist den Regierungen des Völkerbundsrats übermittelt worden.

300 000 Wohlfahrtserwerbslose in Sachsen

Die Zahl der von den sächsischen Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen ist auch weiterhin gestiegen. Nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände an das Statistische Landesamt wurden Ende Mai 1932 in Sachsen 292 062 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt gegenüber 283 707 am Ende des Vormonats, so daß im Mai eine Zunahme um 8355 oder rund 3 Prozent zu verzeichnen ist. Berücksichtigt man noch die 8098 Unterstützungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose das Arbeitsamt am Stichtage noch nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte, so ergibt sich, daß in Sachsen Ende Mai 300 160 Arbeitslose oder rund 49 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last fielen, während auf die Arbeitslosenversicherung 139 346 und die Krisenfürsorge 171 254 Hauptunterstützungsempfänger — 12 865 weniger als Ende April — entfielen.

Die auf 1000 Einwohner errechnete Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen erreichte Ende Mai 1932 im Landesdurchschnitt 58,5 (gegen 56,8 am 30. April 1932 und 30,5 Ende Mai 1931). Wesentlich größer ist die Wohlfahrtserwerbslosigkeit in folgenden Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern:

Pirna	96,5	Mittweida	71,8
Heidenau	96,0	Meißen	70,9
Freital	91,4	Bautzen	69,9
Chemnitz	89,1	Falkenstein	69,2
Olbernhau		Leipzig	68,4
Wurzen	84,2	Frankenberg	67,1
Großenhain	83,6	Werdau	65,6
Freiberg	82,8	Planitz	65,2
Oschatz	76,1	Zwickau	63,6
Siegmar	75,3	Annaberg	63,0
Radeberg	75,2	Dresden	62,9
Plauen	74,9	Riesa	60,0

Unter den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden standen Leipzig (75,9), Pirna (73,2), Flöha (68,2) und Dresden (59,1) an der Spitze.